

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 2/2015

www.ak-umwelt.at



Gutes Leben für alle

Visionen und Alternativen für einen sozialen und ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft

Betrieb: Kennzeichnung von Chemikalien

Leben: Energieeffizienz im Haushalt

Politik: Flächendeckende Lkw-Maut

AK-Studie: Mehr Bahn für die Ostregion



www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

● ● **GRÜNES SPIEL.** Alle Besucher, die am 10. Juni mit fünf leeren PET Getränkeflaschen zur Innsbrucker Olympiahalle kamen und diese vor Ort umweltfreundlich entsorgten, wurden mit einer Gratis-Eintrittskarte für das EM-Qualifikationsspiel gegen Spanien belohnt. Motto der Anti-Littering-Kampagne von Österreichischem Handballbund und ARA war: „Reinwerfen statt Wegwerfen“. Noch besser allerdings wäre: Mehrweg statt Einweg!

● ● **GESCHLAGENER WALD.** Da wird seit Jahren propagiert: „Kauft den Wald frei“. Doch der Amazonas-Regenwald wird immer weniger, trotz aller „Ökobausteine“, die wir kaufen: seit 1974 wurde eine Waldfläche geschlägert, die insgesamt neunmal so groß wie Österreich ist. Die „grünbemäntelten“ Freikaufaktionen lenken in Wirklichkeit davon ab, dass die Konzerne alle Freiheit zur Waldvernichtung bekommen, die sie wollen.

● ● **BODENLOS.** Täglich gehen in Österreich rund 20 Hektar wertvoller Boden verloren, der durch Straßen, Siedlungen, Shopping Center oder Industriehallen verbaut wird. Täglich verschwindet so ein Bauernhof. Da hilft auch nicht die Beibehaltung der günstigen Einheitswerte für die Vermögensberechnung, während überall anders jetzt die Verkehrswerte als Berechnungsbasis gelten.

● ● **DIÄTKUR ARBEITSWEG.** Nicht wegen schlechter Zugverbindungen für PendlerInnen, sondern wenn Sie erst gar nicht Zug, Bus, Bim oder Auto nutzen und einfach zu Fuß gehen, fand eine britische Langzeitstudie heraus: Wer täglich mehr als eine halbe Stunden zu Fuß oder mit dem Rad zur Arbeit brauchte, verlor im Vergleich zur früheren Fahrt mit dem Auto sieben Kilo. Na, dann!

● ● **SMART METER.** Bei den digitalen Stromzählern seien die Kosten doppelt so hoch wie die Ersparnis, rechnet die deutsche Bundesnetzagentur vor und bremst den Einsatz der „intelligenten“ Stromzähler. Die Smart Meter rechnen sich nur bei Verbräuchen über 20.000 kWh pro Jahr. Belohnung fürs „effiziente“ Mehrverbrauchen? Gar nicht so smart!

● ● **LED IT BE?** Die viel geschmähte, mittlere EU-verbotene Glühbirne liegt bei der Farbwiedergabe bei einem Index von fast 100. Die LEDs liegen laut LED-Herstellern bei 80-84, laut „Konsument“-Test in Wirklichkeit nur bei 74 bis 79. Also keine Angst, Sie sehen nicht schlecht. Das LED-Licht verfälscht die Farbe Rot. Die Politik hat damit nichts zu tun.



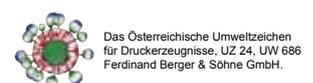
„Das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA umfasst Verhandlungsbereiche, die aus sozialen, ökologischen und demokratiepolitischen Gründen mehr als bedenklich sind.“



Rudi Kaske
AK Präsident

Impressum:
Medieninhaber und Herausgeber
 Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien
E-Mail
 wirtschaft.umwelt@akwien.at
Telefon
 01/501 65-DW
Redaktion
 Mag.^a Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),
 Dr. Wilfried Leisch (Redakteur)
Sekretariat
 Christine Schwed (DW 2698)
Grafisches Konzept
 Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at
Layout & Infografik
 Michael Haderer
Coverfoto
 istockphoto.com/Patrick Heagney
Druck
 Ferdinand Berger & Söhne
 Ges.m.b.H.
 Wienerstraße 80
 A-3580 Horn
 ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Inhalt

Schwerpunkt

Gutes Leben für alle

Die Auswirkungen der Dauerkrise der nur auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft lassen immer mehr die Frage stellen: Wie kann ein gutes Leben für alle erreicht werden?

Seite 10

Wie wollen wir leben?

Für ein gutes Leben müssen Macht- und Verteilungsverhältnisse verändert werden.

Seite 14

Wege aus der Krise

Welche Maßnahmen für ein gutes Leben können und müssen in Österreich gesetzt werden?

Seite 18

Betrieb

Chemikaliensicherheit

In den letzten Jahren ist das EU-Chemikalienrecht erheblich geändert worden. Was ist neu?

Seite 22

Leben

Energieeffizienz

Das neue Energieeffizienzgesetz schreibt Verbrauchsreduktion vor. Was heißt das für die Haushalte?

Seite 26

Politik

Lkw-Maut

Flächendeckend bringt sie eine verursachergerechte Straßenfinanzierung und Umwelteffekte.

Seite 28

AK-Studie

PendlerInnen

Die Ostregion wächst stark, braucht dringend einen massiven Ausbau des Bahnangebots.

Seite 34

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	05
EU, Europa und der Welt	06
Vor 15 und 30 Jahren	08
Aktuelles Interview	09
Aktion	31
Kontroverse	32
Medien	33



Editorial

Alternative oder Utopie?

Angesichts der aktuellen Krisen in und rund um Europa stellen sich brennende Fragen: Wie gelingt es, Arbeitslosigkeit und wachsende Armut zu überwinden? Wie können Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisenländern menschlich behandelt und aufgenommen werden? Sollen bessere Chancen auf den transatlantischen Absatzmärkten mit der Aufgabe europäischer Gestaltungsspielräume in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erkaufte werden? Kann der Klimawandel gebremst und können seine Folgen bewältigt werden? Die Antworten der herrschenden Lehre auf diese Fragen folgen der neoliberalen Logik und versprechen Lösungen durch mehr Wachstum und Flexibilität für die Wirtschaft, durch Sparpakete der öffentlichen Haushalte und setzen auf technischen Fortschritt zur Bewältigung ökologischer Probleme. Nicht zufällig ausgeblendet werden dabei eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, die Sicherung demokratischer Teilhabe und gesellschaftlicher Stabilität.

Deshalb sind Alternativen wie die Diskussion über eine sozial-ökologische Transformation, die nicht auf Wirtschaftswachstum, sondern auf ein „gutes Leben für alle“ zielt, so wichtig. Dabei geht es um eine solidarische Gesellschaft, in der das vorrangige Ziel der Politik die Erhöhung der Lebensqualität aller und ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Ressourcen ist. Es ist jedoch ein langer Weg von der Theorie in den Alltag der Beschäftigten, der Arbeitslosen und Ausgegrenzten und vor allem zur politischen Realisierung des Konzepts. Gutes Leben für alle bedeutet jedenfalls eine Abkehr vom Primat der Ökonomie und eine klare Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen. Und es setzt auf einen handlungsfähigen öffentlichen Sektor. Aber dieser Weg hat starke Gegner, denn die Orientierung am Wirtschaftswachstum sichert die bestehenden Machtverhältnisse und nützt den Investoren und Konzernen – auf nationaler und globaler Ebene. Eine Änderung dieser Machtverhältnisse ist die politische Aufgabe der Zukunft, bei der die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen eine starke Rolle spielen können und müssen.

Mag.^a Sylvia Leodolter

Chefredakteurin

Leiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien

Nachrichten

NATURSCHUTZ

EU-Fitness-Check

Seit Jahrzehnten gelten in der EU starke Naturschutz-Regelungen: Die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie.

Diese verpflichten die EU-Mitgliedstaaten zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume in sogenannten Natura 2000-Gebieten. Die Naturschutz-Richtlinien werden nun von der EU-Kommission im Zuge einer „Entbürokratisierung“ auf ihre „Fitness“ überprüft. Sie möchte wissen, wie zweckmäßig, effizient und modern diese beiden Richtlinien heute noch sind. Umweltorganisationen laufen bereits Sturm, weil sie eine Schwächung des Naturschutzes gegenüber wirtschaftlichen Interessen befürchten. Die offizielle EU-Konsultation zu den beiden EU-Richtlinien läuft vom 30. April bis 24. Juli 2015 und ist unter <http://ec.europa.eu/environment/na->

[ture/legislation/fitness_check/index_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/na-) abrufbar. Die österreichischen Naturschutzorganisationen meinen, dass die Fragen viel zu technisch sind und bieten eine Unterstützungshilfe bei der Beantwortung an. **SI**

EU-BÜRGERINITIATIVE

„Recht auf Wasser“

Das EU-Parlament (EP) will die erfolgreiche BürgerInneninitiative „Recht auf Wasser“ weiter stärken.

Ein bereits in den EP-Umweltausschuss eingebrachter Entschließungsantrag soll im Herbst 2015 im Plenum beschlossen werden. Damit soll sowohl das Instrument der EU-Bürgerinitiative für die Zukunft gestärkt als auch das Recht auf Wasser und der sanitären Grundversorgung besser abgesichert werden. Auch das Thema der Wasserarmut wird explizit angesprochen, Lösungen dazu sollen erarbeitet werden. Der erste Vorschlag der irischen Berichterstatterin



Das Menschenrecht auf Wasser soll auf EU-Ebene stärker verankert werden

bietet eine gute Vorlage, um das Menschenrecht auf Wasser auf EU-Ebene stärker zu verankern, gehört aber in einigen Punkten nachgebessert. Stärker betont werden sollte, dass Wasser kein Handelsgut sein darf. Wassersperrungen und Zwangsabschaltungen sollten abgeschafft werden. Es gilt darauf zu achten, dass der Bericht von den konservativen Kräften im Parlament nicht abgeschwächt wird. **SI**

LUFTVERSCHMUTZUNG IN EUROPA

600.000 vorzeitige Todesfälle

Die WHO hat in 53 Staaten am europäischen Kontinent die Kosten für vorzeitige Todesfälle und andere Gesundheitsausgaben im Jahr 2010 erhoben.

Das Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lässt aufhorchen. Die Kosten für vorzeitige Todesfälle und andere Gesundheitsausgaben wurden aufgrund der Zahlungsbereitschaft zur Vorbeugung von Krankheiten bzw. der Monetarisierung von Toten un-

abhängig vom Alter einer Person ermittelt. Demnach verursachte Luftverschmutzung fast 600.000 vorzeitige Todesfälle sowie Gesundheitsausgaben, die rund 1,5 Billionen Euro ausmachen. In zehn Staaten bewegen sich die Gesundheitskosten sogar über 20 % der Wirtschaftsleistung. Traurige Spitzenreiter sind Georgien, Serbien und Bulgarien, die sich an der 30-Prozent-Grenze bewegen. Musterschüler sind dagegen Norwegen (0,3 %), Finnland (0,7 %) und Island (0,8%). Österreich bewegt sich mit 3,3% im guten Mittelfeld. Studie: „Economic Cost of the health impact of air pollution in Europe“: www.euro.who.int unter: Media Centre. **FG**

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Neue EU-Strategie

Die EU-Kommission stellte die neue Roadmap zur Kreislaufwirtschaftsstrategie vor.

Am Beginn steht eine öffentliche Konsultation zur Frage, worauf es bei der Umstellung hin zu einer Kreislaufwirtschaft

25 JAHRE

Arche Noah der Kulturpflanzenvielfalt

In den vergangenen 100 Jahren sind weltweit etwa 75 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Vielfalt verloren gegangen. Um den Verlust der Vielfalt zu stoppen, bewahrt, pflegt und entwickelt Arche Noah tausende gefährdete Gemüse-, Obst- und Getreidesorten. Die Menschen im Verein arbeiten daran, traditionelle und seltene Sorten wieder in die Gärten und auf den Markt zu den KonsumentInnen zu bringen. Kulturpflanzenvielfalt bildet die Grundlage unserer Ernährung und wird gerade in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger, denn lokal angepasste Kulturpflanzen kommen mit Wetterkapriolen besser zurecht. Die Arche Noah feiert ihr Jubiläum mit einem großen „Gartenfest der Vielfalt“ am 23. August in Schiltern. Nähere Informationen unter www.arche-noah.at. Die Redaktion von „Wirtschaft & Umwelt“ gratuliert zur erfolgreichen Arbeit in den vergangenen Jahren. **SI**



ankommt. Eine Konsultation zu Wettbewerbsverzerrungen in der Abfallwirtschaft soll folgen. Eine der umstrittensten Entscheidungen der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker war die Rücknahme des sogenannten „Zero Waste-Pakets“. In der Tat hatte es allerdings auch sehr viel Kritik an diesem Paket gegeben. Auch die AK hat sich sehr kritisch geäußert. Es ist zu erwarten, dass der Schwerpunkt der neuen Strategie nicht mehr bloß in der Abfallwirtschaft liegen, sondern mehr den gesamten Lebenszyklus der Produkte beachten wird, was prinzipiell positiv ist. Neben einem überarbeiteten Legislativvorschlag zur Abfallwirtschaft will die Kommission bis Ende 2015 einen Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vorstellen. **HO**

GENTECHNIK

EU lässt 19 Pflanzen zu

Die EU-Kommission genehmigte Einfuhr und Import von 19 Gentechnik-Pflanzen.

Dies betrifft zehn Neuzulassungen zur Verwendung in Lebens- und Futtermitteln, sieben bereits geltende Zulassungen, die erneuert wurden,

und die Einfuhr von zwei GVO-Schnittblumensorten. In allen Fällen konnten sich die 28 EU-Mitgliedstaaten zuvor nicht mit qualifizierter Mehrheit auf eine Zulassung einigen. Deshalb hat die EU-Kommission, gestützt jeweils auf Bewertungen der EU-Lebensmittelbehörde EFSA, nun allein entschieden. Im Detail umfassen die aktuellen GVO-Neuzulassungen eine Maissorte, fünf Sojabohnensorten, eine Örapssorte sowie drei Baumwollsorten. Neuerungen bereits geltender Zulassungen wurden für zwei Maissorten, eine Örapssorte sowie vier Baumwollsorten erteilt. Die deutsche Organisation „Testbiotech“ hat angekündigt, gegen die Zulassung Beschwerde zu erheben. Die Risikobewertung der EFSA sei auch von Experten verschiedener EU-Mitgliedsländer kritisiert worden. Doch habe dies keine Auswirkungen auf die Zulassungen gehabt. **SI**

UMWELTINFORMATION - UIG

Nicht Aarhus-konform

Die AK kritisiert die Vorschläge im Entwurf für eine Novelle zum Umweltinformationsgesetz (UIG).

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



Kommentar

Märchen oder Bahn?

Seit vielen, vielen Jahren kursiert die Legende, dass der freie Markt alles billiger, effizienter und kundenfreundlicher mache. Ende 2011 hat man begonnen, diese fleißige Goldmarie auch auf der Westbahnstrecke wach zu küssen. Damals wurde das (angeblich) bessere Angebot des neuen und innovativen Fernverkehrsanbieters mit viel Euphorie begrüßt. Man muss aber kein Psychologe sein, um zu wissen, dass zwei Drittel der Fahrgäste im Nahverkehr unterwegs sind.

Besonders innovativ zeigte man sich daher schon bald bei der Preisgestaltung, um an diesen Goldesel heranzukommen. Gut in Erinnerung sind den PendlerInnen die Zuschläge zu den Zeitkarten und schließlich der Ausstieg aus dem Verkehrsverbund, womit das Zugangebot der „Westbahn GmbH“ unbrauchbar für den täglichen Arbeitsweg wurde.

Besonders schmerzhaft ist für PendlerInnen die Beeinspruchung der geplanten Direktvergabe von zusätzlichen Fahrplanangeboten, welche der Verkehrsverbund mit Dezember 2015 umsetzen wollte. Da das Urteil noch nicht öffentlich bekannt ist, sollen hier keine Spekulationen geschürt werden. Fakt ist, dass die Direktvergabe EU-rechtlich gedeckt ist und die angekündigten Fahrplanverbesserungen aufgrund des von der „Westbahn GmbH“ angestrebten Verfahrens bis auf Weiteres auf Eis liegen. Für PendlerInnen heißt es also: bitte warten. Auch in Bayern zeigt sich eine ähnliche Problematik. Dort wurde die Vergabe an einen neuen Anbieter gekippt, weil unter anderem völlig unklar ist, was mit den 700 Beschäftigten passieren soll, die bislang für den S-Bahn-Betrieb gearbeitet haben. Billig gekauft ist also auch im öffentlichen Verkehr teuer. Denn erworben werden damit Preissteigerungen bei stark nachgefragten Angeboten, Ausdünnungen, dort wo sich wenig verdienen lässt und auch der Abbau von guten Arbeitsplätzen. Und von der Goldmarie bleibt am Ende nur die Marie – für die Shareholder, die nach Erträgen rufen.

Mag. Thomas Hader ist Arbeits- und Wirtschaftspsychologe und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Nachrichten



Smog durch die Schiffahrt:

Das chinesische Umweltministerium will gegen die Emissionen klassischer Luftschadstoffe aus der Schiffahrt vorgehen. Die etwa 172.600 Schiffe in China waren 2013 für etwa 8,4 Prozent der SO₂-Emissionen und etwa 11,3 Prozent der NO_x-Emissionen verantwortlich. Der Gesetzesentwurf, der nun in Begutachtung gehen soll, sieht strengere Qualitätsstandards für Schiffsdiesel vor. Insbesondere in Hafenstädten soll dadurch ein Beitrag zur Verringerung der Smogbelastung geleistet werden.

Hehre Ziele vom Gipfel:

Bei ihrer Abschlusskundgebung in Elmau in Deutschland bekannten sich die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten erneut zum Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das Ziel sei eine Weltwirtschaft, die bis 2100 keine CO₂-Emissionen mehr verursache. Umweltorganisationen begrüßten, dass die Ankündigungen in die richtige Richtung zeigten. Zwei Maßnahmen nennt das Abschlussdokument: die Verbesse-

rung der Umstellung der Energieversorgung durch Exportkredite sowie Versicherungen armer Länder gegen Schäden in Folge von Wetterkatastrophen. Das Ziel Japans, bis 2030 seine Emissionen gegenüber 2013 um 26 Prozent zu senken, wurde hingegen von Umweltgruppen als unambitioniert kritisiert. Gleichzeitig wurde es als unrealistisch bezeichnet, da es massiv auf den Einsatz von Nuklearenergie setzt, die derzeit in Japan wenig Unterstützung hat.

Steuerzuckerl unzulässig:

Der Europäische Gerichtshof hat am 4. Juni entschieden, dass die „Grüne Mehrwertsteuer“ im Vereinigten Königreich (UK) unzulässig sei. Als Maßnahme zur Förderung von Bauteilen oder Geräten, die Energie sparen oder erneuerbare Energieträger verwenden, wurde in UK ein verringerter Mehrwertsteuersatz eingeführt: statt 20 Prozent waren für die aufgelisteten Produkte und die erforderlichen Installationsarbeiten nur fünf Prozent Mehrwertsteuer zu entrichten. Diese Differenzierung ist nach der Mehrwertsteuerrichtlinie der EU jedoch unzulässig, da dort

verringerte Sätze nur aus sozialpolitischen Erwägungen, nicht aber aus umweltpolitischen erlaubt sind, entschied der Gerichtshof.

Risiko durch Pflanzenschutzmittel:

IARC, die internationale Krebsforschungsvereinigung, eine Tochterorganisation der WHO, hat im März einen Bericht veröffentlicht, in dem sie den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend beim Menschen“ einstuft.

Da Glyphosat das weltweit am meisten eingesetzte Unkrautvernichtungsmittel (Herbizid) ist, hat dies entsprechend starke Reaktionen hervorgerufen. Auf der einen Seite finden sich jene wie etwa das deutsche Institut für Risikobewertung (BfR), die die Beweislage als unzureichend bezeichnen und eine bessere Dokumentation und Begründung der Einstufung fordern. Auf der anderen Seite stehen etwa Umweltorganisationen, die nun ein Verbot von Glyphosat fordern. Auch die Verbraucherschutzminister der deutschen Bundesländer sprechen sich für ein Verbot auf EU-Ebene aus. **CS**

Diese gingen weder mit der Aarhus-Konvention noch mit den EU-Richtlinien konform, so das von der AK vorgelegte Gutachten von Univ. Prof. Dr. Verena Madner. Der Entwurf sollte klarstellen, dass eine teilweise oder vollständige Verweigerung des Zugangs zu Umweltinformationen nicht als bloße „Mitteilung“, sondern sogleich in Bescheidform ergeht, ohne dass es dazu eines gesonderten Parteienantrags bedarf. Hintergrund des Entwurfs: Österreich wurde schon mehrfach wegen mangelhafter Umsetzung der Aarhus-Konvention über den freien Zugang zu Umweltinformationen abgemahnt. Der Aarhus-Einhaltungsausschuss stößt sich nicht nur an der langen Dauer von Verfahren, wenn eine Behörde den Zugang verweigert. Es wird auch das zweistufige Verfahren kritisiert, wodurch die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung unnötig hinausgezögert wird. **HO**

EU-KOMMISSION

Luftreinhaltung in Österreich

Ein EU-Verfahren bei Feinstaub wurde eingestellt, ein weiteres ist in Prüfung.

Die EU-Kommission hat am 30. April 2014 das Vertragsverletzungsverfahren wegen Tagesgrenzwertüberschreitungen bei Feinstaub eingestellt. Konkret ging es um Graz, das auch 2014 die Zahl der zulässigen Grenzwerte knapp überschritt. Experten rechtfertigen dies mit einer Vielzahl von Maßnahmen vor allem bei Verkehr und Hausheizungen in Graz sowie dem EU-konformen Herausrechnen von Feinstaubverfrachtungen („Sahara-Staub“). Mit Blick auf die Bilanz im ersten Halbjahr 2015 (28 von zulässigen 35



Auch männliche Küken sollen aufwachsen dürfen

Überschreitungen) und die noch ausstehenden Wintermonate scheinen aber die Probleme nur vorerst ausgeräumt. Dagegen steht Österreich bei der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe mit dem Rücken zur Wand. Grund: Österreich verfehlt auch vier Jahre nach dem eigentlichen Erfüllungsdatum die EU-Vorgaben bei Stickstoffoxiden mehr als deutlich. Laut gut informierten Quellen prüfte die EU-Kommission ernsthaft ein Verfahren. **FG**

„SEVESO III“ Störfallinformation

Dringenden Änderungs- und Ergänzungsbedarf gibt es zur Novelle der Gewerbeordnung zu „Seveso III“, sagt die AK.

Zur Novelle der Gewerbeordnung, mit der die Bestimmungen der RL 2012/18/EU über die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen in Betrieben („Seveso III“) umgesetzt werden soll, hat die AK dringenden Änderungs- und Ergänzungsbedarf angemeldet. Zum einen dürfen die Informationspflichten der Gewerbebehörde an die Raumordnungsbehörden und an die Katastrophenschutzbehörden der Länder nicht gestri-

chen werden, die auch mit der Umsetzung von Seveso III betraut sind. Nur so ist die nötige Zusammenarbeit gewährleistet. Zum anderen soll die Information der Öffentlichkeit über das Verhalten bei einem Unfall bzw. aus Anlass eines Unfalls verbessert und nicht verschlechtert werden. Schlussendlich hat die Arbeiterkammer gefordert, dass die Betriebsratskörperschaften auch weiterhin vom Gesetz als die ersten Ansprechpartner bei der Erstellung des internen Notfallplans genannt werden. Die „Seveso-III“-RL der EU ist schon mit 1. Juni 2015 um-

zusetzen gewesen. Rund 150 Betriebe sind in Österreich betroffen. **HO**

JUNGHÄHNE Sinnloses Kükentöten

In Österreich werden jedes Jahr fast zehn Millionen Jung- hähne getötet.

Dies geschieht nur wenige Stunden nach dem Schlüpfen. Denn sie legen keine Eier, taugen aber auch nicht für die Mast. Nach zunehmender Kritik an dieser Praxis ist eine Branchenlösung für Bio-Eier in Sicht. Voraussetzung ist eine geeignete Hühnerrasse. Bio-Eier sollen nur dann als solche verkauft werden dürfen, wenn auch die männlichen Küken aufwachsen können. Ein Geflügelbetrieb in Schlierbach ist Vorreiter. **HO**

RANA PLAZA Zwei Jahre danach

Vor zwei Jahren stürzte die Textilfabrik „Rana Plaza“ in Bangladesch ein.

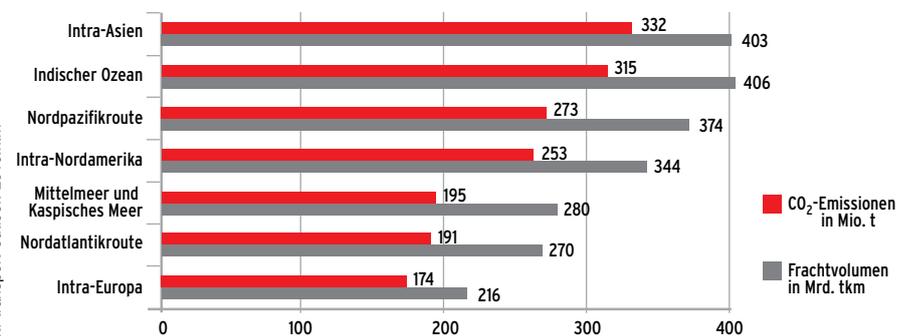
Erst knapp zwei Jahre nach dem Einsturz der Textilfabrik in

Bangladesch mit mehr als 1.100 Toten und über 2.500 Verletzten haben Unternehmen, die im „Rana Plaza“ fertigen ließen, in den Entschädigungsfonds für die Opfer genügend eingezahlt. Zwar erhielten die meisten Opfer und Hinterbliebenen inzwischen von der Regierung Entschädigungszahlungen, bekannte Modemarken waren aber lange säumig. Laut der internationalen Gewerkschaft IndustriAll fehlten im April immer noch 2,7 Millionen, um auf die Summe von insgesamt 30 Millionen Dollar für eine Minimalentschädigung der Opfer der Katastrophe zu kommen. Mittlerweile ist gegen 42 Personen Mordanklage erhoben worden. Sollten sie wegen Mordes verurteilt werden, droht



WIRTSCHAFT UND UMWELT GRAFIK-DIENST Verkehrswachstum bedroht Klimaziele

Transportaufkommen und Kohlendioxidemissionen
Steigerung in Prozent 2050 im Vergleich zu 2010



Quelle: www.oecd.org/berlin/publikationen/itf-transport-outlook-2015.htm

Das ITF (International Transport Forum) der OECD legt alarmierende Prognosen. Dabei spielt der geplante weitere Abbau von Handelsbeschränkungen (unter anderem durch TTIP und CETA) eine wesentliche Rolle, weil er eine Zunahme des globalen Frachtaufkommens bis 2050 um 380% bewirken könnte. Der weltwei-

te Straßen- und Eisenbahngüterverkehr wächst der Prognose zufolge bis 2050 maximal um 420% und die Kohlendioxid-Emissionen steigen um bis zu 350%. Die stärksten Impulse für das steigende Transportvolumen gehen dabei von Asien bzw. China aus. Die Grafik zeigt die wichtigsten Handelsbeziehungen. **LEO**

Nachrichten



VOR 30 JAHREN

Umweltpolitik in der Stadt

Wirtschaft & Umwelt 2/1985: Michael Häupl, damals Wiener Landtagsabgeordneter, plädiert für einen ganzheitlichen und interdisziplinären Zugang.

„Ökologie in der Stadt wurde lange Zeit verkürzt als Grün- und Freizeitpolitik betrachtet, die lediglich Naturkosmetik und Stadtbehübschung betrieb. Um den politischen Entwicklungsgleichklang zwischen ‚reparierendem‘ und ‚vorsorgendem‘ Umweltschutz in der Kommune zu erreichen, wird die Integration stadtökologischer Überlegungen in die Stadtentwicklungs- und Stadtplanungspolitik, in die Verkehrs- und Energiepolitik, in die Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber ebenso in die Sozial- und selbst in die Bildungs- und Kulturpolitik notwendig sein. [...] Kommunale Umweltpolitik wird daher ein integriertes, ein vorsorgendes und ein partizipatives Politikmodell sein. In dem Sinne trägt die kommunale Umweltpolitik zur Sicherung der materiellen und sozialen ebenso wie zur Sicherung der natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen der Menschen bei.“

VOR 15 JAHREN

Gentechnik im Visier

Wirtschaft & Umwelt 2/2000: Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft bringt keine Lösungen, sondern vermehrt nur bestehende Probleme.

„Der Traum der Industriegesellschaft, begangene Umweltsünden wie schwermetallverseuchte Böden mittels Gentechnik zu reparieren, könnte leicht zum Albtraum werden. In den Augen der Gentechnik-Industrie könnte künftig auf Umweltschutz zur Gänze verzichtet werden, da allfällige Schäden mit Hilfe der neuen Risikotechnologie wieder ‚ausgebügelt‘ werden sollen. Als warnendes Beispiel seien hier Fische, die auch in schwermetallverseuchten Gewässern überleben können, genannt. Auch vermeintliche ökologische Vorteile der Gentechnik – wie die Einsparung von Unkrautvernichtungsmitteln – erweisen sich als Seifenblasen. Bekommen doch Totalherbizide wie Basta oder Round-up erst durch den Einsatz der Gentechnik ihren ‚großen Auftritt‘. [...] Mittels Gentechnik werden Nutzpflanzen gegen Herbizide resistent gemacht, einem breitflächigen Einsatz steht nichts mehr im Weg.“



Die Bahn ist bereit für den integrierten Takt

ihnen die Todesstrafe. In dem neunstöckigen Gebäude arbeiteten bis zu 5.000 Menschen. Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen greifen nur sehr langsam. <http://bangladeshaccord.org/> **HO**

BAHN I

„Wir fahren im Takt“

So hieß der Werbeslogan in der Schweiz, als in den 1980er Jahren der Taktverkehr auf der Schiene eingeführt wurde.

Züge fahren seither in ihrem Ausgangsbahnhof innerhalb eines fixen zeitlichen Abstandes los. Dieser Takt ist mit weiteren Zugverbindungen abgestimmt und kann über Buslinien in den kleinsten Winkel der Schweiz erweitert werden. Dadurch kann der öffentliche Verkehr seiner Funktion als Element der Daseinsvorsorge gerecht werden. Dieser Takt soll nun auch in Österreich eingeführt werden, so sieht es zumindest ein Gesetzesentwurf des Verkehrsministeriums vor. Auch in Österreich werden, wie in der Schweiz, die KundInnen die Hauptprofiteure davon sein: Sichere Anschlüsse und ein bequemes Umsteigen sind ein wichtiges Element bei der Bahnnutzung. Gerade wegen des schweizweiten Taktes sind

die Eidgenossen auch die zufriedensten und häufigsten Bahnkunden in ganz Europa. Nicht ganz von den Vorteilen überzeugt ist die Westbahn AG: Sie möchte gegen den österreichweiten Takt klagen. **GL**

BAHN II

Fiasko Privatbahnen

Briten wollen Staatsbahn wieder zurück.

Der Einstieg von privaten Bahnen in Großbritannien hat zu einem Fiasko geführt. Sowohl was die Kosten des gesamten Bahnsystems betrifft als auch was die Sicherheit betrifft. Für die Steuerzahler ist die Privatisierung vor allem eines: Teuer. Ein Notretentionsprogramm für den privaten Infrastrukturbetreiber und laufende öffentliche Zuschüsse prägen das System. Sehr zur Freude der Betreibergesellschaften, die Jahr für Jahr satte Gewinne machen. Während die Ticketpreise steigen, sinkt die Qualität. Die Züge sind verspätet, überfüllt und teuer. Eine vierköpfige Familie kann um den Preis eines Einzeltickets London – Manchester nach Spanien fliegen. Kein Wunder daher, dass sich bereits 70% der liberalisierungsfreudlichen Briten die staatliche Bahn zurück wünschen. Nicht wenige fordern das Schweizer System:

Wettbewerbsfrei, dafür effizient und effektiv. **GL**

GÖRTSCHITZTAL

HCB-Skandal

Kommissionsbericht ortet grobe Mängel in der Arbeit von Behörden und Betreiberseite.

Der Bericht der Ende 2014 von der Kärntner Landesregierung eingesetzten Kommission unter dem Verfassungsrechtler Bernd Christian Funk ortet grobe Mängel in der Arbeit der Behörden, aber auch von Betreiberseite. Sie hält substantielle technische Verbesserungen der Anlagen und der Betriebsweise des Wiertersdorfer & Peggauer Zementwerks für erforderlich. Das betrifft den Themenkreis Quecksilber, und zudem wäre eine „Nachverbrennung“ erforderlich gewesen. Der Bericht sieht keine Mängel in den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, sondern in ihrer Handhabung. Der Einsatz des kontaminierten Blaukalks aus der Altlast Kalkdeponie Brückl hätte vom Landeshauptmann von Kärnten als Abfallbehörde so nicht mit Bescheid genehmigt werden dürfen. Es wäre ein UVP-Verfahren erforderlich gewesen. Der Bescheid enthebt aber auch den Betreiber nicht von seinen Sorgfaltspflichten. Das wird in straf- und haftungsrechtlichen Verfahren zu beurteilen sein. Der Bericht soll der Staatsanwaltschaft übermittelt werden. Schadenersatzklagen gegen den Betreiber und die Republik sind offenbar in Vorbereitung. Zuletzt hat das Land Kärnten auch den Abbau aus der Altlast vorläufig gestoppt. Zusammenfassung der Ergebnisse. 18. Mai 2015. Details und Download unter: www.ktn.gv.at/27987_DE-ktn.gv.at.?newsid=23925&backtrack=27987 **HO**

INTERVIEW: KUNSTSTOFFPARTIKEL IN DER DONAU

DIE UMWELTFOLGEN VON MIKROPLASTIK

Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes zeigt, dass durch die Donau jährlich bis zu ca. 40 Tonnen Plastik über die österreichische Grenze transportiert werden. Welche Folgen das hat, fragten wir **Karl Kienzl** vom Umweltbundesamt.

Woher kommt dieses Plastik?

Kienzl: Wir haben im Auftrag des BMLFUW und der Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Wien gemeinsam mit unseren Partnern BOKU und ViaDonau erstmals die Donau im Quer- und Tiefenprofil auf Kunststoffpartikel untersucht. Das ist bislang einzigartig in Europa. Die Ergebnisse zeigen, dass bis zu 40 Tonnen Plastik jährlich über die Donau aus Österreich abtransportiert werden. Etwas mehr als zehn Prozent davon stammen aus industriellen Prozessen. Der Großteil dieser Kunststoffpartikel kommt jedoch aus diffusen Quellen. Leider gibt es viele Beispiele aus dem alltäglichen Leben, die illustrieren, wie Plastikpartikel in Flüsse und letztlich in die Meere gelangen können. Etwa sind in einigen Kosmetikprodukten solche Kleinstpartikel zugesetzt – und auch Kunststofffasern aus Textilien gelangen beim Waschen ins Abwasser. Das Plastik gelangt auch durch unachtsames Handeln, absichtliches Wegschmeißen oder über Windverfrachtung in die Umwelt und durch Abwasser und Abschwemmungen in die Flüsse.

Wie viel von diesem Mikroplastik gibt es in Europa und welche Auswirkungen hat es auf Mensch und Umwelt?

Kienzl: Untersuchungen, wie wir sie in der Donau gemacht haben, sind bisher noch die Ausnahme in Europa. Methodisch haben wir damit eine wichtige Grundlage geschaffen, der Informationsbedarf ist allerdings sehr groß. Wir wissen, dass etwa 80 Prozent des Plastiks in den Meeren über Flüsse dorthin transportiert wird. Dass das Plastik zum Großteil aus diffusen Quellen stammt, macht es nicht einfacher. Was die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen betrifft, wissen wir noch wenig – je kleiner die

Partikel, desto problematischer können sie sein.

Wie können die großen Plastikmengen in Flüssen und Meeren verringert werden?

Kienzl: Das Wichtigste ist, Einträge in die Umwelt zu vermeiden – da sind vor allem Wirtschaft und Politik gefragt, letztlich auch wir KonsumentInnen. Wir müssen weiter der Frage nachgehen, woher die großen Mengen der Einträge stammen und was technisch vermeidbar oder in der Produktion ersetzbar ist. Da ist die Kosmetikindustrie genauso gefordert wie die Textil- oder die Verpackungsindustrie. Aber auch Erziehung, Bildung und Werbung spielen eine zentrale Rolle im Zusammenhang mit dem persönlichen Lebensstil der Menschen, sie sollten einen aktiven Beitrag zur umfassenden Bewusstseinsbildung leisten.

Welche Maßnahmen werden auf nationaler bzw. europäischer Ebene gesetzt?

Kienzl: In Österreich hat Bundesminister Rupprechter mit der Kunststoffindustrie die „Zero Pellets Loss Initiative“ ins Leben gerufen. Da geht es um technologische Verbesserungen, um bei der Produktion und Verarbeitung von Kunststoffen den Verlust von Pellets zu vermeiden. Auf europäischer Ebene wird derzeit versucht, die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetika zu stoppen. Die Reduktion der Plastiksackerln wird sicher auch etwas bringen. Was wir im nächsten Schritt brauchen, sind einheitliche Messmethoden und Messungen, um die Datenlage zu verbessern. Information und Aufklärung, woher das Mikroplastik kommt und wie es sich zusammensetzt, sind ein zentraler Teil für die Lösung, an der wir in Europa gemeinsam arbeiten müssen.



*Dr. Karl Kienzl ist Biologe und Psychologe und Stellvertreter des Geschäftsführers im Umweltbundesamt. www.umweltbundesamt.at

Zurück zur besseren Zukunft: Gutes Leben für alle

Angesichts der multiplen Krise europäischer Gesellschaften formieren sich zunehmend Allianzen, die eine grundlegende Transformation Europas im Sinne eines guten Lebens fordern. Was ist mit dieser Vision einer besseren Zukunft heute gemeint? VON FLORIAN WUKOVITSCH*

Wie gut leben?

Dazu muss die Gesellschaft grundlegend umgebaut werden.

S. 14

Krise bekämpfen

Öffentliche Investitionen und gerechte Vermögensbesteuerung helfen.

S. 18

Kritischen BeobachterInnen zufolge stecken die europäischen Gesellschaften in einer multiplen Krise. Neben der ökologischen Krise, die sich an manchen Folgen des Klimawandels bereits heute zeigt, verschärften sich in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Beschäftigungs- und Verteilungskrise. Europa ist damit in einem ebenso multiplen politischen Dilemma: Zur Lösung der sozialen Krise(n) setzen viele weiterhin ihre Hoffnung auf ein „Wiederanspringen“ des europäischen Wirtschaftswachstums. Trotz der Hoffnungen auf die Entkopplung vom Ressourcenverbrauch scheint das aber

weiterhin zur Verschärfung der ökologischen Krise beizutragen. Und selbst die Verteilungs- und Beschäftigungskrisen werden im Unterschied zu den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in einem der Tendenz nach neoliberalen politisch-ökonomischen Rahmenwerk durch Wachstum kaum entschärft. Im jüngst erschienenen Bericht „In it together – Why less inequality benefits all“ zeigt die OECD, dass die in den letzten 30 Jahren zu beobachtende Polarisierung von Einkommen und Vermögen in den meisten ihrer Mitgliedstaaten nicht nur die Teilhabemöglichkeiten der einkommensschwächeren Haushalte, son-



***Mag. Florian Wukovitsch**
ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



Die EU-Sparpolitik bringt verstärkte Verteilungskonflikte ohne die Wirtschaftsprobleme zu lösen

dern auch die Wachstumschancen der Volkswirtschaften massiv dämpfen.

Neue Allianzen

Vor diesem Hintergrund formieren sich neue Allianzen, die eine umfassende Reorganisation der Wirtschaft im Sinne eines guten Lebens für alle fordern. Trotz einer gewissen Spannweite an Visionen ist diesen Bewegungen gemeinsam, dass sie die ökologische Frage nicht mehr ohne die soziale denken wollen. Im Februar 2015 kam an der Wirtschaftsuniversität Wien eine breite Allianz aus sozialen Bewegun-

gen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Forschungsinstitutionen, Entwicklungsorganisationen und Arbeitnehmervertretungen zusammen, um mit der interessierten Öffentlichkeit Dimensionen eines / auszuloten (siehe Interview Seite 21).

Bereits im Dezember 2012 veranstaltete die IG Metall in Berlin einen großen Kongress zum Thema „Kurswechsel für ein gutes Leben“, bei dem „ein neuer Fortschrittsbegriff für Industriegesellschaften und alternative Entwicklungspfade“ diskutiert werden sollten. Und im letzten Jahr wählte eine Kooperation aus AK Wien, Grüner Bildungs- →

KURZGEFASST

Die abendländische Philosophie macht sich seit Anbeginn Gedanken über die Bedingungen eines guten menschlichen Lebens. Dass diese Ideen heute abseits der akademischen Diskussion auch von einer immer größeren Öffentlichkeit aufgegriffen werden, verdeutlicht die Unzulänglichkeit einer reinen Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik bzw. die Notwendigkeit eines umfassenderen Zielbündels.

Buch: Wie viel ist genug?

Robert & Edward Skidelsky: Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München 2013.



Schwerpunkt Gutes Leben für alle

→ werkstatt, Attac, BEIGEWUM, u.a. den Titel der Berliner Tagung für eine Veranstaltungsreihe und eine Sonderausgabe der Zeitschrift „Kurswechsel“.

Das gute Leben steht damit in einem Zusammenhang mit ähnlichen Vorstellungen einer erstrebenswerten Zukunft, wie sie von der – stärker akademisch verankerten – Postwachstumsbewegung oder den ProponentInnen einer sozial-ökologischen Transformation vertreten werden. Der Reiz der Diskussion ist, dass sie nicht primär vor den biophysikalischen Grenzen unserer Lebensweise warnt, sondern die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse ins Zentrum rückt. Damit grenzt sie sich auch von der Diskussion zu „Green Growth“ ab, die zur Entschärfung der ökologischen Krise auf eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität durch technologische Innovation setzt, aber die sozialen Voraussetzungen unserer Produktions- und Wirtschaftsweise kaum thematisiert. Der Diskurs zum guten Leben entwirft Bilder einer solidarischen Gesellschaft, in der das vorrangige Ziel der Politik die



Förderung von Phantasie und Talenten ist Teil eines guten Lebens

Erhöhung der Lebensqualität aller ist. Mit der Sorge um Umwelt- und Klimaschutz soll gleichsam die Hoffnung auf eine menschenwürdigere Zukunft reaktiviert werden.

Entfaltung statt Wachstum

Verglichen mit den europäischen Nachkriegsjahrzehnten geht es heute um ein breiteres Verständnis von gesellschaftlicher Wohlfahrt. Nach der Sättigung der wichtigsten Konsumbedürfnisse breiter Teile der westlichen Gesellschaften kamen neue Debatten auf, wie sich gesellschaftliche Wohlfahrt messen lässt (siehe Kasten Seite 13) und was ein gutes Leben ausmacht. Die US-amerika-

nische Sozialphilosophin Martha Nussbaum beschäftigte sich bereits in den 1980er Jahren unter Berufung auf Aristoteles mit den menschlichen Grundfähigkeiten, die es im Sinne einer Ethik des guten Lebens zu entwickeln gilt. Dazu zählt sie neben guter Gesundheit, einer angemessenen Unterkunft und Ernährung u.a. auch die Entwicklung eigener Vorstellungen von einem guten Leben (Beruf, politische Teilhabe), die schöpferische Entfaltung der eigenen Phantasie, den Aufbau emotionaler und bedeutender Beziehungen zu Mitmenschen sowie die Verbundenheit mit der Natur. Die individuellen Möglichkeiten sind dabei sowohl von inneren Bedingungen – insbesondere der nötigen Bildung des eigenen Geistes und Charakters – als auch von externen Voraussetzungen – also dem Zugang zu wertvollen gesellschaftlichen Gütern – abhängig.

Ökonomie des guten Lebens

Die „Ökonomie des guten Lebens“ wurde zuletzt vom Wirtschaftshistoriker Robert Skidelsky und seinem Sohn Edward in ihrem vielbeachteten Plädoyer gegen Wachstum um jeden Preis am detailliertesten ausformuliert. Am Beginn

Ein gutes Leben für alle erfordert

- gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnraum und Mitbestimmung
- faire Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und Freizeit
- soziale Infrastruktur und ökologische Modernisierung
- gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen

Unser Standpunkt



It measures everything [...] except that which makes life worthwhile.

US-Senator Robert Kennedy über das Bruttoinlandsprodukt, 1968

ihrer Argumentation steht eine Vision, die John Maynard Keynes, einer der prägendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, bereits 1930 zu Papier brachte. Demnach würde bereits die Generation seiner Enkelkinder durch den technologischen Fortschritt in einem materiellen Wohlstand leben, der eine massive Reduktion der notwendigen Arbeitszeit ermöglichen und damit Zeit für Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit schaffen würde. Trotz der tatsächlich erfolgten Wohlstandsmehrung im Laufe des 20. Jahrhunderts scheinen aber zwei Faktoren zu verhindern, dass die westlichen Gesellschaften diese Chance auch erkennen: Einerseits wurden die Menschen im Laufe der kapitalistischen Entwicklung an die vermeintliche Unersättlichkeit ihrer Konsumbedürfnisse gewöhnt. Andererseits schließt die Ungleichverteilung des Wohlstands breite Teile der Bevölkerung weiterhin von einer dem europäischen Entwicklungsstand angemessenen Teilhabe am Konsum aus.

Die Skidelskys möchten nun die Wirtschaftswissenschaften als moralische Instanz reanimieren. Dem von der neoklassischen Ökonomie beschworenen Nutzenkonzept, das von der Unendlichkeit individueller Bedürfnisse ausgeht, stellen sie erneut das Konzept der Gebrauchswerte erstrebenswerter Güter gegenüber. Ihnen geht es um die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Aspekte des guten Lebens. Im Unterschied zu Nussbaum definieren sie universell gültige Basisgüter, die ihrem Verständnis nach in allen Kulturen für ein gutes menschliches Leben als unverzichtbar gelten, nämlich Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaft und Muße. Die erste Pflicht des Staates sei es, die materiellen Voraussetzungen für die Erreichung dieser Güter zu schaffen sowie eine hinreichende Verteilung des Wohl-

stands zu gewährleisten; ein wertneutrales (neo)liberales Staatswesen ist dazu offensichtlich nicht in der Lage. Ob der Einzelne dann diese Möglichkeiten nutzt, und wie er mit Zielkonflikten in der Erreichung von Basisgütern umgeht, bleibt hingegen eine individuelle Entscheidung.

Politik des guten Lebens

Die Idee eines guten Lebens für alle impliziert insofern eine radikale Verschiebung des Blickwinkels auf das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft, als die Entwicklung der menschlichen Grundfähigkeiten bzw. der universelle Zugang zu den Basisgütern in den Fokus rücken. Sicherheit erfordert planbare Erwerbsbiographien und langfristig abgesicherte Wohnverhältnisse, Muße ein ausreichendes Maß an Zeitsouveränität, Respekt eine Begegnung auf Augenhöhe. Harmonie mit der Natur setzt den Zugang zu wertvollen Umweltgütern voraus, Gesundheit jenen zu guter Ernäh-

rung und Gesundheitsdiensten. Und die Entwicklung einer Lebensplanung, die der eigenen Persönlichkeit entspricht, ist ohne ausreichende Bildung kaum vorstellbar. Eine Gesellschaft, die zunehmend von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und der Polarisierung von Einkommen und Vermögen gekennzeichnet ist, lässt sich mit diesem Bild schwerlich in Einklang bringen.

Wo aber ist nun anzusetzen? Robert und Edward Skidelsky fordern neben Beschränkungen des internationalen Handels und der Werbung (!) ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie (progressive) Steuern auf Konsum, Vermögen, Finanztransaktionen und CO₂-Emissionen. Für die IG Metall und die Allianz der Wiener Tagung bilden neben Fragen der Energiewende und der Regulierung der Finanzmärkte vor allem die umfassende Demokratisierung der Produktionsverhältnisse und gute Arbeit für alle Kerne der Überlegungen. In sämtlichen Visionen wird die Notwendigkeit eines handlungsfähigen öffentlichen Sektors betont. Teile der Postwachstumsbewegung setzen daneben viel Hoffnung auf lokale Selbstversorgung. Damit bleibt vorerst noch viel Raum für konkrete Initiativen im Sinne des guten Lebens für alle. □

HINTERGRUND

LÄSST SICH DAS GUTE LEBEN MESSEN?

In der Ökonomie ist die Frage eines guten Lebens eng mit der Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt verbunden. Jeremy Bentham (1748–1832), der Begründer der utilitaristischen Ethik und Vordenker der klassischen Ökonomen, definierte das „größte Glück der größten Zahl“ als Maxime politischen Handelns. Wie aber wird dieses ermittelt? Seit den 1930er Jahren soll die Erhebung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eine bessere Steuerung der Volkswirtschaft ermöglichen. Als Wohlfahrtsindikator ist das BIP hingegen nur begrenzt geeignet, lässt es doch selbst zu zentralen Aspekten wie Gesundheit, Verteilung des Wohlstands oder Qualität der Umwelt und öffentlicher Institutionen keine Aussagen zu.

Seit langem wird daher versucht, die Wohlfahrtsmessung zu verbessern. Der „Human Development Index“ der UNO vergleicht den Entwicklungsstand von Gesellschaften bereits seit 1990 anhand einer kombinierten Maßzahl, die auch die Lebenserwartung und den Bildungsstand berücksichtigt. Seit 2011 erhebt die OECD den „Better Life Index“, der in elf Dimensionen – von Wohnverhältnissen bis „Work-Life-Balance“ – die Lebensqualität in ihren Mitgliedstaaten beurteilen soll. Daneben veröffentlicht die Statistik Austria auf der Grundlage europäischer Diskussionen im Bericht „Wie geht's Österreich?“ Zeitreihen zu Wohlstands-, Lebensqualitäts- und Umweltindikatoren.

Wie wollen wir leben?

Unsere Gesellschaften müssen tiefgreifend umgebaut werden und die Anforderungen an „Gutes Leben für alle“ werden deutlicher. Umstritten sind der Weg dorthin und die Rolle der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. VON ULRICH BRAND*

KURZGEFASST

Ökologische Fragen sind soziale Fragen und damit eng verbunden mit Macht und Herrschaft. Die Perspektive sozial-ökologischer Transformation thematisiert zu den wichtigen Verteilungsdimensionen, was und wie in der Gesellschaft unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wird und welcher gesellschaftlichen Bedingungen es für ein gutes Leben für alle bedarf.

Ein Gespenst geht um in Europa. Nicht nur die Austeritätspolitik wird immer stärker kritisiert, weil sie auf dem Rücken der Beschäftigten und ärmerer Länder ausgetragen wird. Es wird auch deutlich, dass eine lediglich auf Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Macht setzende Politik zwar wichtig ist, aber zu kurz greift. Was in den Fachdebatten unter dem Begriff der „sozial-ökologischen Transformation“ diskutiert wird, artikuliert sich öffentlich zunehmend als Forderung nach einem guten Leben für alle. Wie? Allerorten Krise, um die zu bekämpfen, müssen andere Dinge wie der Kampf gegen den Klimawandel oder mehr Gerechtigkeit zurückstehen. Nein! Angemessene Krisenstrategien sollen die Möglichkeiten eines guten Lebens für alle und angemessene Antworten auf die ökologische Krise berücksichtigen.

Der viel zu hohe Verbrauch natürlicher Ressourcen zerstört die Umwelt und heizt den Klimawandel an. Betroffen davon sind vor allem die schwächeren Gesellschaftsmitglieder und Regio-

nen. Es geht also um den weitgehenden Einsatz erneuerbarer Energie. Doch ein verändertes Energiesystem sollte mitdenken, was eigentlich mit der Energie produziert wird. Industriell gefertigte Lebensmittel, eventuell sogar mit hohem Aufwand aus anderen Weltregionen importiert – oder nachhaltig produzierte und tendenziell gesündere?

Anders arbeiten und leben

Auch aus anderen Gründen wird immer deutlicher, dass die Produktions- und Lebensweise verändert werden muss. Arbeit wird zunehmend zeitlich verdichtet und führt zu Burn-outs, immer mehr Menschen halten ihre Arbeit für wenig sinnvoll. Standorte und damit die dort ansässigen Beschäftigten werden gegeneinander ausgespielt. Mächtige Marketing-Maschinerien fördern den Konsum um des Konsums willen anstatt zu fragen, welche Produkte sinnvoll sind. Hier muss gegengesteuert werden. Gutes Leben für alle hat nicht nur eine kulturelle Dimension sich ver- →



*Dr. Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und leitet ein vom Klima- und Energiefonds gefördertes Forschungsprojekt zur Rolle von Gewerkschaften im sozial-ökologischen Umbau.



Unmenschliche Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung sind in den Produkten nicht sichtbar

IMPERIALE LEBENSWEISE

GUTES LEBEN? EINE GLOBALE FRAGE!

Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen!“ Dieses Marie Antoinette zugeschriebene Zitat verdeutlicht die politische Brisanz von Fragen des guten Lebens für alle. Inwiefern bedingt das gute Leben einiger das Leiden anderer? Viel stärker noch als im Westeuropa des 18. Jahrhunderts hat das gute Leben für alle heute eine globale Dimension. Diese Dimension wird vom Begriff der „imperialen Lebensweise“ analytisch erfasst. Im Kern geht es darum, dass die meist unbewussten Konsumpraktiken der Menschen im „Globalen Norden“ in vielen Fällen auf dem Zugang zu Ressourcen und Schadstoffsenken sowie billiger Arbeitskraft im „Globalen Süden“ basieren. Allerdings: Die imperiale Lebensweise wird tendenziell von allen gelebt, nicht nur von ökonomisch Wohlhabenden. Sie wird durch die Produktion von Unternehmen ermöglicht und von der Politik abgesichert.

Ein Beispiel: Der durch Sklavenarbeit und Monokultur billig verfügbare Zucker führte im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts zur Entstehung neuer Alltagsgewohnheiten: Zum Trinken von gesüßtem Tee, Kaffee und Kakao, aber auch zum Konsum von Limonaden, Speiseeis und anderen zuckerhaltigen Produkten. Die Abholzung von Regenwald für Zuckerrohrplantagen und die Arbeitsbedingungen der Sklaven sind in diesen Produkten nicht sichtbar. Verallgemeinert sich jedoch ihr Konsum, erhöht sich auch der soziale und ökologische Druck. Heute sind Erdöl, Palmöl, seltene Erden und viele weitere Ressourcen fester Bestandteil unseres Alltagshandelns.

Auch im Smartphone oder in Billigjeans sind soziale und ökologische Gewalt unsichtbar. Statt jedoch diese imperialen Verhältnisse zu verändern, werden sie als vermeintliches Vorbild eines erstrebenswerten Lebens in alle Welt exportiert. Doch diese Lebensweisen sind nicht verallgemeinerbar. Darum findet ein globaler Verteilungskampf statt, in dem der „Globale Norden“ seine Ansprüche mittels ungleicher ökonomischer Beziehungen oder institutionalisiertem Zwang (WTO) sowie gegebenenfalls mit militärischer Gewalt absichert. Das Konzept der „imperialen Lebensweise“ führt uns vor Augen, dass es beim „guten Leben“ um andere Produktionsbedingungen geht, um eine andere Verteilung und um andere Konsumgewohnheiten – nicht darum, dass für alle genügend Kuchen da ist.

Beim guten Leben für alle geht es um globale politische Fragen: Nord-Süd Beziehungen, Machtfragen und kollektive Lebens- und Entwicklungsweisen.

***Daniel Buschmann**
ist Student der Politikwissenschaft und Praktikant in der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



Schwerpunkt Gutes Leben für alle

→ ändernder Lebensstile, sondern ist auch eine politische Aufgabe. Damit sind wir bei Entscheidungen zwischen Alternativen, bei Macht und Interessen. Die Beschäftigten und ihre Organisationen spielen hier eine zentrale Rolle. Denn der Umbauprozess muss politisch gestaltet werden, und das sollte nicht den Investoren und Unternehmen sowie ihren politischen Vertretern überlassen werden.

Sozial-ökologische Transformation und die Forderung nach einem guten Leben für alle bedeuten eine andere Art und Weise der Produktion und des Lebens: Weniger Autos bis künftig vielleicht hin zu autofreien Städten und die übrigen Autos gemeinsam nutzend und mit deutlich reduziertem Energieverbrauch; weniger Flugverkehr und Fleischkonsum sowie eine Umkehr von der hoch industrialisierten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch deutlich weniger Autos zu produzieren, hier einen Konversionsprozess einzuleiten, darf nicht

„ Gutes Leben für alle hat nicht nur eine kulturelle Dimension sich verändernder Lebensstile, sondern auch eine politische Aufgabe.

auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Auch das bedeutet gesellschaftliche Gestaltung.

Dabei sollte auch die starke Orientierung am Wirtschaftswachstum hinterfragt werden. Es geht nicht darum, dass bestimmte gesellschaftliche Sektoren nicht mehr wachsen sollten: Im Bereich sozialer Dienstleistungen wie Bildung und Pflege, beim Ausbau erneuerbarer

Energie oder des öffentlichen Transports ist das allzu deutlich. Hier muss deutlich ausgebaut werden mit qualifizierter, gut bezahlter und sozial abgesicherter Arbeit.

Wirtschaftswachstum und Macht

Die aktuelle wachstumskritische Diskussion betont etwas anderes als die Frage „Wachstum ja oder nein“: Der kapitalistische Wachstumsimperativ muss zurückgedrängt werden und damit einher gehend die scheinbar alternativlose Wettbewerbsfähigkeit und „Standortpolitik“.

Und: Die zu starke Orientierung am Wirtschaftswachstum sichert entsprechende Machtverhältnisse ab, nämlich zuvorderst die Interessen der Investoren und global tätigen Unternehmen, welche die Standorte gegeneinander ausspielen: Wo bekommen sie die aus ihrer Sicht (un-)sozial und (un-)ökologisch vorteilhaftesten Bedingungen?

Die Wachstumstreiber müssen ange-

gangen werden. Damit sind wir bei Fragen, wie Macht eingedämmt und wie Demokratie ausgebaut werden kann. Denn bislang ist die dominante Erfahrung der meisten Menschen, die Gesellschaft nicht gestalten zu können. An den Schalthebeln der politischen, ökonomischen und kulturellen Macht sitzen andere. Und die achten darauf – das ist in der aktuellen Krise zu sehen – dass das auch so bleibt.

Gutes Leben für alle - wie?

Damit kommen wir zu einem Kernelement der Forderung nach einem guten Leben für alle. Es bedarf Formen des individuellen und gesellschaftlichen Wohlstands, die auf politische Gestaltung, sozial-ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für die Menschen setzen: Die destabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen müssen verändert werden. Damit werden gesellschaftliche Bedingungen möglich, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können – und zwar in einem solidarischen sozialen Zusammenhang, der ja erst die Bedingung freier Persönlichkeitsentwicklung ist.



Die Bedürfnisse der Menschen stehen im Mittelpunkt



ABC der Alternativen

U. Brand, B. Lösch, B. Opratko, S. Thimmel (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.die tageszeitung. VSA-Verlag, Hamburg 2012. Leseprobe: www.vsa-verlag.de-ABC-der-Alternativen-20.pdf

Konkreter: Wie sehen nachhaltige Stadt-Land-Verhältnisse aus, was bedeutet solidarische Mobilität? Wie werden Nahrungsmittel nachhaltig, fair und weltweit in ausreichender Menge produziert und verteilt, die gut schmecken und gesund sind? Wie werden Konflikte ausgetragen mit den global players der transnationalen Nahrungsmittelindustrie, wenn Lebensmittel wieder lokal und regional produziert werden? Wenn Demokratie etwas mit politischer und sozialer Teilhabe zu tun hat, dann müssen Menschen auch gestalten können – im Alltag, am Arbeitsplatz, in ihren Organisationen, in der Politik. Sozial-ökologische Transformation und die Schaffung eines guten Lebens muss von allen als ihre Aufgabe begriffen werden.

Gestalten statt verzichten

Es geht also nicht um Aufrufe zu „Verzicht“ – viele Menschen haben auf nichts zu verzichten – oder den grünliberalen Wunsch nach „Befreiung vom Überfluss“, sondern neben individueller Verantwortung auch um gesellschaftliche Gestaltung.

Die gute Nachricht: Die Gesellschaft erstarrt nicht länger in ihrem Unmut über soziale Spaltung und Umweltzerstörung, gegenüber der Arroganz und Ignoranz der Mächtigen. Mehr und mehr Menschen machen sich auf, zumindest in Teilbereichen anders zu leben. Langlebigere Produkte zu kaufen, ökologisch und sozial produzierte Lebensmittel. Das sind die „Pioniere des Wandels“, die weiter ermuntert und unterstützt werden müssen – durch progressive Unternehmer, Arbeiterkammer und Gewerkschaften, durch staatliche Rahmenbedingungen.

Konflikte wie um das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass es durchaus Widerstand gibt gegen eine weitere Runde, den Neoliberalismus international festzuschreiben. Das gute Leben für alle ist ein zunehmend besser sichtbarer Horizont und scheint in vielen Diskussionen und solidarischen Praxen bereits heute auf. □

Ein am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien angesiedeltes Forschungsprojekt untersucht, wie die Rolle von Gewerkschaften bei der Formulierung von sozial-ökologischen Strategien und damit die Interessen von ArbeitnehmerInnen in der Umwelt- und Klimapolitik gestärkt werden können.
<http://trafo-labour.univie.ac.at>



Klimawandel & Gewerkschaft

Sean Sweeny von der US-amerikanischen Initiative „Gewerkschaften für Energiedemokratie“ gibt in der Studie „Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit. Neue gewerkschaftliche Perspektiven“ (2015) eine präzise Analyse, warum die internationale Klimapolitik bislang weitgehend versagt hat, und was die Aufgaben der Gewerkschaften sind im sofortigen und wirksamen Kampf gegen Klimawandel. www.rosalux-nyc.org/de/climate-change-and-the-great-inaction/



SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAPROZESS

EINE MACHTFRAGE

Sozial-ökologischer Umbau hin zu einem guten Leben für alle bedeutet, die gesellschaftlichen Wertemuster, politische Institutionen und die Wirtschaft selbst zu verändern. Doch die vorherrschenden nicht-nachhaltigen Produktions- und Konsummuster sowie die Orientierung an Wachstum um fast jeden Preis sind eng mit mächtigen Interessen verbunden. Insbesondere die privaten Investitionen werden weitgehend daran ausgerichtet, wo sie hohen Profit bringen. Eine enorme Werbemaschinerie lebt davon, dass immer mehr produziert und gekauft wird. Die Politik soll dafür den Rahmen schaffen.

Wie Herrschaft funktioniert, zeigt sich auch daran, dass die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden: immer neue Produkte, billige Lebensmittel, ein Nicht-Hinterfragen, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen die Güter produziert wurden. Daher geht es auch um die Veränderung von individuellen Einstellungen. Die Lebensweise wird umweltfreundlicher, solidarischer, weniger fixiert auf kurzlebige materielle Güter und umweltzerstörende Dienstleistungen wie das Fliegen. Das bedeutet, Gewohntes zu hinterfragen; es heißt aber auch, dass den Menschen die Möglichkeit gegeben werden muss, zu lernen, anders zu handeln, keine Angst vor Veränderungen zu haben.

CO₂-Reduktion am Arbeitsplatz

Ein Leitfaden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zur Reduktion der Emissionen am Arbeitsplatz. www.ituc-csi.org/climate-change-and-green-economy?lang=en

Wege aus der Krise

Der Karren steckt fest. Und das seit 2008, dem Beginn der vielzitierten „Krise“. Doch mit Hilfe der richtigen öffentlichen Investitionen und einer gerechten Vermögensbesteuerung ist auch in Österreich ein gutes Leben für alle möglich. VON SUSANNE HASLINGER*

KURZGEFASST

Ein gutes Leben für alle ist bereits im Hier und Jetzt machbar. Anstelle kurzfristiger Sparpolitik muss die öffentliche Hand in Bildung, Pflege und nachhaltige Infrastruktur investieren. Hierfür bedarf es einer fairen Beteiligung auch der Vermögenden, die in Österreich nach wie vor einen unterdurchschnittlichen Anteil der Steuerlast tragen. Ein Eckstein derartiger Reformen muss auch die Neuverteilung von Arbeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit sein.

Während andernorts die Zeiger langsam wieder auf Erholung stehen, bleibt die österreichische Konjunktur auf Krisenniveau und die Arbeitslosigkeit in neuen Rekordhöhen. Lange konnte Österreich darauf verweisen, die „Krise“ relativ gut gemeistert zu haben, doch nun scheinen sich die Vorzeichen umzudrehen. Um dies zu vermeiden, bedarf es eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels, der die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verteilungsfrage ins Zentrum rückt.

Politische Blockaden, ebenso wie selbst auferlegte Zwänge wie die EU-Fiskalregeln und die daraus resultierende „Schuldenbremse“ setzen uns Jahr für Jahr vor dasselbe Bild: Notwendige und nachhaltige Investitionen werden zurückgehalten, es gilt vielmehr ein vermeintliches Budgetloch zu stopfen. Nach einem umgekehrten Gießkannenprinzip hat jedes Ressort einen gewissen Prozentsatz seiner Ausgaben zu kürzen.

Eine gefährliche Entwicklung: Der Standort Österreich wird als „abge-

sandelt“ heruntergeredet und dadurch der politischen Boden für seitens der Wirtschaft lang ersehnte „Reformen“ bereitet. Es wird eine Austeritätspolitik auf dem Rücken der Erwerbstätigen und sozial Schwachen betrieben anstelle von Konjunkturbelebung und Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Pflege. Eine Abwärtsspirale, deren gegenteilige Effekte auf Konjunktur, Arbeitslosigkeit, soziale Absicherung und Staatsverschuldung in den sogenannten Krisenländern mehr als deutlich zu Tage getreten ist.

Austeritätspolitik gescheitert

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hierbei die EU-Kommission, die die Sparpolitik mit ihren „länder-spezifischen Empfehlungen“ nahezu erzwingt. Jahr für Jahr werden den Mitgliedstaaten im Rahmen des „europäischen Semesters“ Empfehlungen für sogenannte wachstumsfördernde Strukturreformen vorgelegt. Ein zutiefst undemokratischer Prozess, das – oh-



***Mag.^a Susanne Haslinger** ist Juristin und in der Rechtsabteilung sowie der sozialpolitischen Grundlagengabteilung der Gewerkschaft PRO-GE tätig.



Eine gerechte Vermögensbesteuerung ist längst überfällig

„ Nur mit nachhaltigen öffentlichen Zukunftsinvestitionen und gerechter Beteiligung der Vermögen können wir die Krise überwinden.

nehin schwache – EU-Parlament spielt in diesem Prozess keine Rolle.

Zwar geht es nominell um die Beförderung von Wachstum im Euroraum, doch soll dies mit teils rigoroser Sparpolitik erreicht werden. Regelmäßig fordert die Kommission zur Deregulierung geschützter Bereiche wie z.B. des Mietrechts, zur Privatisierung und zur Zurückdrängung von Gewerkschaftsrechten z.B. bei der Lohnfindung sowie Absenkung der Mindestlöhne auf. Eine Entwicklung, die Gewerkschaften zunehmend unter Druck setzt und als AkteurlInnen im politischen Verteilungskampf als „wachstumsschädigend“ zurückdrängen soll.

Tatsächliche Strukturreformen sehen anders aus. In Österreich macht die Allianz „Wege aus der Krise“ – ein Bündnis aus Gewerkschaften und NGOs – vor, wie es geht: sie zeigt auf, welche Bedeu-

tung öffentliche Investitionen und eine gerechte Vermögensbesteuerung haben, um sich den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Zukunftsinvestitionen

Im jährlich von der Allianz veröffentlichten „zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget“ wird der Reformbedarf anhand jederzeit umsetzbarer Zukunftsinvestitionen beschrieben, die eine nachhaltige Wirkung auf die gesamte Gesellschaft haben. „Gute Budgetpolitik für alle“ erfordert neue Prioritätensetzung hin zu sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen öffentlichen Investitionen, die einerseits direkt auf die aktuellen Herausforderungen eingehen (Bildung, Kinderbetreuung, demographische Entwicklung, drohende Klimakatastrophe ...) und gleichzeitig unmittelbar Arbeitsplätze schaffen.

Dringend erforderlich sind daher Investitionen in Bildungseinrichtungen, Pflegedienstleistungen, nachhaltige Energie, sozialen und/oder nachhaltigen Wohnbau, in eine ökologische Umgestaltung der Wirtschaft oder in den öffentlichen Nahverkehr. Ein budgetpolitisches „Zucker!“ gibt's noch dazu: Die im Zukunftsbudget vorgeschlagenen Maßnahmen (inkl. einer ökosozialen Steuerreform) ermöglichen eine raschere wirtschaftliche Erholung als der jüngst beschlossene Bundesfinanzrahmen.

Arbeitsplätze schaffen

Eine der Hauptprioritäten muss zweifelsfrei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sein. Dies gelingt nicht nur durch die genannten Zukunftsinvestitionen. Steigende Arbeitslosigkeit und stagnierendes Arbeitsvolumen einerseits, Arbeitsverdichtung und das Ansteigen durch Arbeits(zeit-)druck bedingter Erkrankungen auf der anderen Seite (bei gleichzeitig gewünschtem stetig längerem Verbleib im Erwerbsleben) sind kein unlösbarer Widerspruch, sondern zeigen, dass die Umverteilung von Arbeit notwendiger ist denn je.

Es liegt auf der Hand, dass die steigende Arbeitslosigkeit nicht mehr mit dem „Allheilmittel“ BIP-Wachstum bekämpft werden kann. Nicht nur, dass entsprechende Wachstumsraten – auch in zukünftigen Nachkrisenzeiten – nicht mehr realistisch sind, stetig steigender Ressourcenverbrauch und ein Konsumverhalten, das mit Bedürfnisabdeckung nur noch wenig gemein hat, treiben unseren Planeten in die nur noch schwer aufhaltbare Klimakatastrophe. Es gilt daher, die vorhandenen Arbeitsplätze auf mehr Köpfe zu verteilen, indem wir 40 Jahre nach der Verkürzung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit auf 40 →



Zukunftsbudget

Mehr zur Allianz „Wege aus der Krise“ und dem jährlich erstellten „Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget“ findet sich unter www.wege-aus-der-krise.at

Schwerpunkt Gutes Leben für alle

→ Stunden die Arbeitszeit zum Wohle aller neuerlich verkürzen.

Arbeitszeitverkürzung schafft Lebensqualität. Zunehmend regt sich Widerstand gegen die voranschreitende „Ökonomisierung“ unseres gesamten Lebens. Durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung wird sich diese gesellschaftliche Entwicklung zwar nicht aufhalten lassen, es wird jedoch die Möglichkeit zu einer ausgewogenen Priorisierung geschaffen. Unabhängig davon, ob es hier um die Familie, FreundInnen, Weiterbildung, zivilgesellschaftliches



Chancengleichheit – auch in der Bildung

Engagement oder persönliche Hobbies geht: mehr Zeit dazu führt nicht nur zu einer wesentlich besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, sie fördert auch gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie. Und sie sichert und schafft

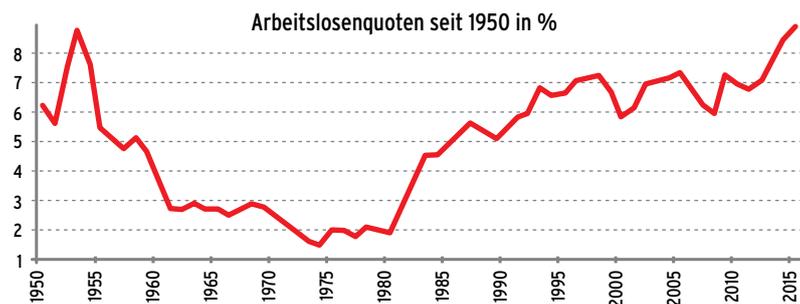
Arbeitsplätze, was wiederum die Teilhabe jener ermöglicht, die andernfalls aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit Gefahr laufen, aus gewissen Bereichen der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Die „Degrowth-Debatte“ geht einen Schritt weiter und denkt Szenarien in einer Post-Wachstumsgesellschaft. Was oft als sozialromantische Utopie abgetan wird, trifft einen wahren Kern: Weniger Produktion bedeutet weniger Belastung für unseren Planeten. Eine Weitergabe von Produktivitätssteigerung in Form von Arbeitszeitverkürzung schafft einen sinnvollen Ausgleich und gleichzeitig ein kostenneutrales Szenario.

ARBEITSLOSIGKEIT UND ARBEITSZEIT

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG: ECKPUNKTE

Um die Rekordarbeitslosigkeit bekämpfen zu können, ist dringend eine Arbeitszeitverkürzung notwendig.



Voraussetzungen einer Arbeitszeitreduktion:

- Einhaltung des geltenden Arbeitszeitrechts (Höchstarbeitszeit, ordnungsgemäße Bezahlung)
- Reduktion von Mehr- und Überstunden auf Ausnahmefälle, z.B. durch Einführung eines „Überstunden-Euros“, den der Arbeitgeber an die Krankenkasse bezahlen muss
- Individualisierung der Arbeitszeit

statt einseitiger Flexibilisierung

- Reduktion der Jahresarbeitszeit durch leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche
- „Lebens(phasen)arbeitszeit“ als neue (zusätzliche) Dimension
- Ausgleich belastender Arbeit(szeiten) in Freizeit
- Generelle Verkürzung der Normalarbeitszeit (inkl. notwendiger Übergangs- und Begleitmaßnahmen)

QUELLE: WIFO, NATIONALE BERECHNUNG LAUT AMS UND HV, AK/ÖGB/SYLVA KUBA: HOW TO MAKE IT WORK, SEITE 9, ÖGB-VERLAG, WIEN 2015

Verteilungsfrage

Die anhaltende Krise hat europaweit gezeigt, dass der Graben zwischen Arm und Reich wächst. Gerade jene, die ohnehin bereits im Überfluss leben, profitieren noch einmal mehr von der Austeritätspolitik. Sozialer Fortschritt ist nur dann möglich, wenn es gelingt, diese Kluft ein Stück weit zu schließen. Die geforderten „Zukunftsinvestitionen“ sind zum Nutzen der gesamten Gesellschaft, daher ist es nur gerecht, auch die Kosten in der Gesellschaft fair zu verteilen. Ein Thema, das die österreichische

Politik sorgsam vermeidet. Die Faktoren Arbeit und Konsum werden in Österreich überproportional hoch besteuert, während Vermögen – leistungslose Einkommen – nahezu ungeschoren davonkommen. In Reaktion darauf wurde nun mit der Lohnsteuerreform ein Meilenstein angegangen, doch bleibt die eigentlich untrennbar damit verbundene Einführung von vermögensbezogenen Steuern einmal mehr ein Tabu. Die streckenweise äußerst vage gehaltene Gegenfinanzierung ist zu Recht Gegenstand von Skepsis und Kritik und zeigt, dass mit der Lohnsteuersenkung zwar eine dringend notwendige Maßnahme gesetzt wird (ebenso die anvisierten Maßnahmen zur Steuerbetrugsbekämpfung), diese aber nicht in ein größeres Konzept nachhaltiger Reformen eingebettet ist.

Gesellschafts- und wirtschaftspolitisch führt jedoch kein Weg an einer fairen Besteuerung großer Erbschaften, Schenkungen und Vermögen vorbei. Ebenso wird der Finanzsektor – als Auslöser der weltweiten Krise! – seinen Beitrag leisten müssen, sei es auf EU Ebene über die lang diskutierte Finanztransaktionssteuer oder als vorübergehender nationaler Ersatz mit einer Börsenumsatzsteuer.

Auch die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Aufteilung auf mehr Köpfe ist eine Verteilungsfrage, deren Finanzierbarkeit letztlich ebenso im Rahmen der aktuellen Umverteilungsdebatte mitgedacht werden muss. Wer über Arbeitszeitverkürzung spricht, muss auch über Lohnausgleich sprechen und damit die Frage stellen, wer die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung tragen soll. □

Durch BIP-Wachstum werden wir die Rekordarbeitslosigkeit nicht bekämpfen können, wir brauchen dringend eine Arbeitszeitverkürzung, um Arbeit neu zu verteilen.

INTERVIEW MIT ALEXANDRA STRICKNER VON ATTAC

ALLIANZ WEGE AUS DER KRISE

Alexandra Strickner koordiniert die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ und ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich. Gemeinsam mit Andreas Novy hat sie den Kongress „Gutes Leben für alle“ an der Wirtschaftsuniversität Wien organisiert.

Was war Ihre Motivation, einen Kongress zum „Guten Leben für alle“ zu veranstalten?

Strickner: Für Attac, aber auch für die Allianz „Wege aus der Krise“, steht die Vision des „Guten Lebens für alle“ im Zentrum der Tätigkeit. Die Erarbeitung von Alternativen zur Kürzungspolitik zum Beispiel in Form des „Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets“ oder der Widerstand gegen das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) orientieren sich daran. Daher war es für uns eine logische Konsequenz, diesen Kongress mit zu veranstalten. Abgesehen davon, dass der erste Kongress dazu gleich an der Wirtschaftsuniversität stattfand, war die Motivation und das Ziel auch, viele unterschiedliche Akteure einzubinden. Das große Interesse hat unsere Erwartungen bei weitem übertroffen.

Welche Kernbotschaften nehmen Sie für eine „Politik des guten Lebens“ in Österreich mit?

Strickner: Die Suche nach einem „Gutem Leben für alle“ stellt die Frage nach Gerechtigkeit und Gleichheit. Sich mit dem guten Leben auseinanderzusetzen heißt, sich gemeinsam mit den Fragen nach Lebensqualität, Wohlfahrt und Wohlstand zu beschäftigen: Wie wollen wir leben? Welche Lebensmittel wollen wir essen? Wie wollen wir unsere Freizeit verbringen und für Kinder und Eltern sorgen? Was braucht es, damit alle gut leben können, egal wo sie geboren sind? Die Utopie des guten Lebens für alle ist also der Versuch, die viel zu

lange privatisierte Frage nach einem gelungenen Leben zu politisieren. Eine „Politik des guten Lebens“ muss daher diese Fragen ins Zentrum stellen.

Wie wird es angesichts des großen Interesses an dem Kongress mit der Initiative weitergehen?

Strickner: Wie man so schön sagt – nach dem Kongress ist vor dem Kongress: Wir planen für 2017 den nächsten „Gutes Leben für Alle“-Kongress. Auf dem Weg dorthin wollen wir spannende Personen im Rahmen der „Gutes Leben für Alle“-Dialogreihe nach Österreich bringen wie zum Beispiel Karen Polanyi-Levitt, die Tochter von Karl Polanyi, dem Autor der „Großen Transformation“.

Und zum Abschluss: Was bedeutet ein gutes Leben für Sie persönlich?

Strickner: Meiner Meinung nach ist eine gesicherte Existenz die Voraussetzung für ein gutes Leben. Das heißt, dass die Grundbedürfnisse der Menschen – egal wo sie leben – befriedigt sind. Dazu zählt unter anderem genügend Essen, sauberes Trinkwasser, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, aber etwa auch Mobilität und Zugang zu Kommunikationsinfrastruktur, um nur ein paar Elemente zu nennen. Für mich persönlich gehört zum guten Leben unter vielen anderen Dingen zum Beispiel gutes Essen, guter Wein, gemeinsame Zeit mit der Familie und FreundInnen zu verbringen und auch Faulenzen. Das mache ich leider viel zu wenig.



*Mag.^a Alexandra Strickner ist Ökonomin, arbeitet als politische Koordinatorin der Allianz „Wege aus der Krise“ und ist Mitbegründerin und Obfrau von Attac Österreich.

Fast fünfzig Jahre ist es her, dass erstmals eine europäische Richtlinie zur Chemikaliensicherheit erlassen wurde. In den letzten Jahren wurde das mittlerweile doch recht betagte EU-Chemikalienrecht runderneuert. Am 1. Juni dieses Jahres ist auch die letzte Übergangsfrist abgelaufen.

VON CHRISTOPH STREISSLER *

Kennzeichnung von Chemikalien

KURZGEFASST

Die CLP-Verordnung der EU regelt die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung aller Chemikalien in der EU. Welche Änderungen hat sie gegenüber dem früher bestehenden Chemikalienrecht gebracht und wie wirkt sie sich auf das österreichische Recht aus?

Die REACH-Verordnung der EU (Nr. 1907/2006) hat vor allem die Beurteilung der gefährlichen Eigenschaften von Chemikalien auf neue Beine gestellt. Sie führte die Pflicht zur Registrierung aller Chemikalien ein, die in Mengen von mehr als einer Tonne pro Jahr in der EU auf den Markt gebracht werden. Für die Registrierung muss der Hersteller eines Stoffes die gefährlichen Eigenschaften des Stoffes ermitteln. Weiters enthält REACH auch Bestimmungen über Zulassungs- und Beschränkungsverfahren für besonders gefährliche Chemikalien. Viele der Regelungen der REACH-Verordnung sind an Mengenschwellen gebunden; die Bestimmungen beziehen sich vor allem auf die Eigenschaften von Reinstoffen.

Abgesehen davon müssen alle Chemikalien gekennzeichnet sein. Das gilt unabhängig davon, ob sie als Reinstoffe oder in Form von Gemischen vorliegen, und unabhängig von Mengenschwellen. Voraussetzung für die Kennzeichnung ist die Einstufung der Chemikalien bezüglich

verschiedener Gefährlichkeitsmerkmale. Diese Einstufungs- und Kennzeichnungspflicht trifft nicht nur die Hersteller der Reinstoffe, sondern auch alle, die aus solchen Reinstoffen chemische Produkte herstellen. Derartige Produkte wurden früher als „Zubereitungen“ bezeichnet, heute spricht man von „Gemischen“.

CLP-Verordnung

Seit 2009 gilt in diesem Bereich in der EU die Verordnung Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, die nach den englischen Begriffen („Classification, Labelling and Packaging“) gemeinhin als CLP-Verordnung bekannt ist. Sie stellt die europäische Umsetzung des GHS der UNO dar (siehe Kasten auf S. 23). Die letzte Übergangsfrist für das bisherige Recht lief mit 31. Mai dieses Jahres aus. Als EU-Verordnung gilt die CLP-Verordnung übrigens – ebenso wie die REACH-Verordnung – direkt in allen Mitgliedstaaten, während die früher bestehenden chemikalienrechtlichen Richtlinien in

nationales Recht umgesetzt werden mussten. Aus diesem Grund ist mit der Neufassung des EU-Chemikalienrechts auch ein großer Teil des österreichischen Chemikaliengesetzes und seiner Verordnungen entfallen.

Während die REACH-Verordnung eine grundlegende Neuordnung des Verkehrs mit Chemikalien brachte, stellt die CLP-Verordnung gegenüber dem bisherigen Recht keine so große, grundsätzliche Veränderung dar. Aber eine Änderung, die sie bringt, ist besonders augenfällig: die Symbole, mit denen gefährliche Chemikalien gekennzeichnet werden müssen, wurden geändert, ein Schritt, der schon beim Kauf eines Spülmittels oder eines Lackes ins Auge springt. Während früher mit Symbolen in orangen Quadraten vor den Gefahren gewarnt wurde, sind die Quadrate nun weiß mit rotem Rand und stehen auf der Spitze.

Eine weitere Neuerung gibt es bei den Standardsätzen über Gefahren und über Schutzmaßnahmen. Während diese bislang



*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

CLP-Verordnung

Der verfügbare Platz dieses Artikels erfordert, dass manche Sachverhalte vereinfacht wiedergegeben sind, was zu Ungenauigkeiten führt. Letztgültigen Aufschluss bringt nur die CLP-Verordnung selbst.



Neben den Gefahrensymbolen wurde auch die Klassifikation der Gefahren verändert

NEUE SYMBOLE LÖSEN SEIT 2009 DIE ALTEN ORANGEN WARNHINWEISE AUF GEFÄHRLICHEN CHEMIKALIEN AB.

als R- und S-Sätze bekannt waren, werden sie nun als Gefahrenhinweise (H-Sätze) und als Sicherheitshinweise (P-Sätze) bezeichnet.

Nicht so augenfällig, aber nicht weniger wichtig ist die Veränderung bei der Klassifikation von Gefahren. Gemäß der CLP-Verordnung werden die physikalischen Gefahren in sechzehn sogenannte „Gefahrenklassen“ eingeteilt, die Gefahren für die menschliche Gesundheit in zehn und die Gefahren für die Umwelt in zwei. Die meisten Gefahrenklassen wiederum sind in mehrere „Gefahrenkategorien“ unterteilt – in erster Linie nach der Schwere der Wirkung. Für jede Gefahrenkategorie in jeder Klasse ist festgelegt, mit welchem Symbol („GHS-Piktogramm“), mit welchem Gefahrwort („Gefahr“: Signalwort für die schwerwiegenden Gefahrenkategorien; „Achtung“: Si-

gnalwort für die weniger schwerwiegenden Gefahrenkategorien) und mit welchen Gefahren- und Sicherheitshinweisen die Stoffe bzw. Gemische zu kennzeichnen sind.

Gefahrenklassen

Die Gefahrenklassen und -kategorien wurden so gewählt, dass das neue Einstufungs- und Kennzeichnungssystem inhaltlich weitgehend mit dem alten EU-System übereinstimmt. Dadurch sollen Aufwand und Auswirkungen der Systemumstellung möglichst begrenzt werden.

Stoffe oder Gemische, von denen physikalische Gefahren ausgehen, sind: explosive Stoffe oder Gemische; entzündbare Gase; entzündbare Aerosole; oxidierende Gase; Gase unter Druck; entzündbare Flüssigkeiten; entzündbare Feststoffe; selbstersetzliche Stoffe und Gemische; pyrophore Flüssig-

keiten (selbstentzündliche Flüssigkeiten); pyrophore Feststoffe (selbstentzündliche Feststoffe); selbsterhitzungsfähige Stoffe und Gemische; Stoffe und Gemische, die in Berührung mit Wasser entzündbare Gase entwickeln; oxidierende Flüssigkeiten; oxidierende Feststoffe; organische Peroxide; gegenüber

Metallen korrosive Stoffe oder Gemische.

Bei dieser Gruppe geht es also in erster Linie um Gefahren durch Brand oder Explosion. Die meisten Gefahrenklassen bestanden schon bisher. Aber in vielen Fällen ist es nicht möglich, die bisherigen Kategorien einfach auf die neuen Gefahrenkategorien zu übertragen. Beispielsweise sind brennbare Flüssigkeiten, die zuvor als R11 (leichtentzündlich) eingestuft waren, abhängig von ihrem Siedepunkt, in die Kategorie 1 oder in die Kategorie 2 der entzündbaren Flüssigkeiten einzustufen. Keine Entsprechung hatten übrigens bisher die Gefahrenklassen „Gase unter Druck“ und „Korrosiv gegenüber Metallen“.

Gesundheitsgefahren

Die Gefahren für die menschliche Gesundheit werden in folgende Klassen eingeteilt: akute Toxizität (weiter unterschieden nach oraler, dermaler oder inhalativer Toxizität); Ätz- oder Reizwirkung auf die Haut; schwere Augenschädigung →

EINSTUFUNG UND KENNZEICHNUNG

DAS GHS DER UNO

Die zunehmenden internationalen Verflechtungen im Handel mit Chemikalien ließen auf UNO-Ebene den Beschluss reifen, die Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien weltweit zu vereinheitlichen. Im Jahr 2003 wurde das GHS, das „Globally Harmonized System“, veröffentlicht. Es ist nicht unmittelbar verbindlich, sondern enthält die Grundsätze und die Systematik einer Einstufung von chemischen Stoffen und Gemischen hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit. Erst mit der Umsetzung (Implementierung) durch die einzelnen Staaten in die nationale Gesetzgebung werden die Inhalte des GHS verbindlich. In der EU ist das GHS in Form der CLP-Verordnung (Nr. 1272/2008) umgesetzt worden.

Detaillierte Informationen

und Hilfestellungen gibt es etwa von der ECHA (echa.europa.eu/de/regulations/clp) oder vom UBA (www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/einstufung-kennzeichnung-von-chemikalien/clp-verordnung).

→ oder Augenreizung; Sensibilisierung der Atemwege oder der Haut; Keimzellmutagenität; Karzinogenität (krebserzeugend); Reproduktionstoxizität; spezifische Zielorgan-Toxizität bei einmaliger Exposition; spezifische Zielorgan-Toxizität bei wiederholter Exposition; Aspirationsgefahr.

Auch bei den Gesundheitsgefahren ist in einigen Fällen die Einstufung nach CLP nicht unmittelbar aus der früheren Einstufung ableitbar. Weiters ist anzumerken, dass die Kategorien der krebserzeugenden, der mutagenen und der reproduktionstoxischen Stoffe umbenannt werden, nämlich von den bisherigen Kategorien „1“, „2“ und „3“ zu „1A“, „1B“ und „2“. Neu sind die Gefahrenklassen der spezifischen Zielorgan-Toxizität. Dabei geht es um Schäden, die Chemikalien an bestimmten Organen verursachen. Ein Beispiel ist die Schädigung des Gehörs durch Methanol.

Die Gefahren für die Umwelt schließlich werden in folgenden zwei Gefahrenklassen erfasst: Gewässergefährdend sowie die Ozonschicht schädigend.

Zu jeder der genannten Gefahrenklassen enthält die CLP-Verordnung nicht nur genaue Bestimmungen, unter welchen Umständen Stoffe und Gemische zu dieser Gefahrenklasse



Auch ArbeitnehmerInnen müssen auf die neuen Symbole achten

zählen und darin wiederum, zu welcher Gefahrenkategorie. Es wird auch festgelegt, unter welchen Umständen bestimmte Kennzeichnungen unterbleiben können, weil schon eine andere, schwerer wiegendere Gefahr zur Kennzeichnung führt. Weiters wird detailliert festgelegt, wie aus der Einstufung der Einzelstoffe

die Einstufung eines Gemisches abzuleiten ist.

Das bislang geltende Konzept der auf EU-Ebene harmonisierten Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen („Legaleinstufung“) wird von CLP fortgeführt. Für etwa 4.000 Stoffe enthält Anhang VI EU-weit verbindliche Vorgaben der Ein-

stufung, freilich nur in Bezug auf die ausdrücklich angegebenen Gefahren. Bezüglich der nicht in Anhang VI genannten Gefahren sind weiterhin die Hersteller für die korrekte Einstufung verantwortlich. Sie haben die Einstufung und Kennzeichnung ihrer Stoffe an die ECHA zu melden, die diese Daten gesammelt in

AUSWIRKUNGEN DER CLP-VERORDNUNG I

ARBEITNEHMERINNENSCHUTZ

Der vierte Abschnitt des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes (ASchG) widmet sich den Arbeitsstoffen. Er enthält besondere Bestimmungen für den Schutz der ArbeitnehmerInnen vor gefährlichen Arbeitsstoffen. Bei der Definition der meisten Gefährlichkeitsmerkmale verweist das ASchG auf das Chemikalienrecht. Früher war dies das österreichische Chemikaliengesetz und die Chemikalienverordnung. Doch mit der Ablösung des nationalen Chemikalienrechts durch die CLP-Verordnung musste auch das ASchG auf die dort verwendeten Begriffe und Definitionen verweisen. Denn



in den Betrieben sind mittlerweile fast nur mehr nach CLP eingestufte und gekennzeichnete Chemikalien in Verwendung. Da ist es nur logisch, dass auch das ASchG die gleichen Maßstäbe für die Beurteilung der Gefährlichkeit der Arbeitsstoffe anlegt wie die CLP-Verordnung.

Die entsprechende Novelle des ASchG wurde als BGBl. I 60/2015 am 27. Mai 2015 veröffentlicht und trat zeitgerecht am 1. Juni 2015 in Kraft. Sie wird einige kleinere Umstellungen in Betrieben erfordern, in den Grundzügen bleibt der Schutz vor gefährlichen Arbeitsstoffen aber unverändert.



Neue Kennzeichnung an Tankstellen auch für Diesel

Form des „C&L-Verzeichnisses“ der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Diskrepanzen bei der Einstufung zwischen verschiedenen Herstellern sollen mit der Zeit angeglichen werden. So soll langfristig eine weitgehend einheitliche Einstufung und Kennzeichnung erreicht werden, die sowohl den Herstellern als auch den AnwenderInnen der Chemikalien nützt. □

Die physikalischen Gefahren durch Chemikalien werden in 16 Klassen eingeteilt, die gesundheitlichen in zehn und die Gefahren für die Umwelt in zwei.

AUSWIRKUNGEN DER CLP-VERORDNUNG II

ÖSTERREICHISCHES GIFTRECHT

In vielen Staaten bezogen sich die ältesten chemikalienrechtlichen Bestimmungen auf den Handel mit Giften. In erster Linie zum Zweck der Verbrechensvorbeugung war deren freier Verkauf verboten. Als in Österreich 1986 das Chemikaliengesetz erlassen wurde, integrierte man das Giftrecht in dieses. Gegenüber der Verbrechensprävention trat das Ziel des Gesundheitsschutzes immer mehr in den Vordergrund. Nur Personen im Besitz einer Giftbezugsbewilligung durften Gifte kaufen. Dies ist der Grund, weshalb der „Totenkopf“, seit jeher das Symbol für Giftigkeit, dem Endverbraucher praktisch nie begegnet. Die wichtigste Ausnahme: Auf der Tankstelle darf auch Otto-Normalverbraucher, wenn er Benzin zapft, sich ohne behördliche Bewilligung den Dämpfen des krebserzeugenden Benzols aussetzen. Deshalb klebte auf der Zapfsäule früher der Totenkopf. Nunmehr werden krebserzeugende Stoffe hingegen mit dem Symbol für Zielorgan-Toxizität gekennzeichnet.

Die CLP-Verordnung hat es nötig gemacht, auch den Giftbegriff des Giftrechts neu zu fassen. Im Rahmen einer Novelle des Chemikaliengesetzes, die derzeit im Nationalrat behandelt wird, werden nun auch Stoffe den Giften zugezählt, die bei einmaliger Exposition auf bestimmte Zielorgane toxisch wirken. Nach der englischen Abkürzung für „Specific Target Organ Toxicity – Single Exposure“ werden sie als STOT-SE-Stoffe bezeichnet. Ein Beispiel für einen Stoff, der nicht als giftig einzustufen ist, aber wegen seiner schädigenden Wirkung auf das Nervensystem als STOT-SE Stoff der Kategorie 1, ist die Industriechemikalie Trikresylphosphat. Abgesehen von der Änderung des Giftrechts wurde auch die Selbstbedienungsverordnung angepasst, um den Begriffen der CLP-Verordnung zu entsprechen. Sie regelt, welche Chemikalien nicht im Zuge der Selbstbedienung verkauft werden dürfen.

GHS in den USA

In den USA wurde das GHS im Bereich des ArbeitnehmerInnenschutzes 2012 umgesetzt. Die Umsetzung im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln steht dort noch aus.

Obwohl das Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG) seit Jänner 2015 in Kraft ist, hält sich sein Bekanntheitsgrad in Grenzen. Im Wesentlichen schreibt das Gesetz Energielieferanten vor, für weniger Energieverbrauch zu sorgen. 40 Prozent dieser Maßnahmen müssen bei Haushalten durchgeführt werden. **VON DOROTHEA HERZELE***

Energieeffizienz – bald in allen Köpfen

KURZGEFASST

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG) verpflichtet alle Energielieferanten, jährlich Maßnahmen zu setzen, die zu Energieeinsparungen führen. 40 Prozent davon sind bei Haushalten durchzuführen. Mit diesem Gesetz ergeben sich neue Möglichkeiten für KonsumentInnen, die Energie sparen möchten.

Es steht den Energielieferanten nicht ganz frei, wo sie ihre Energieeinsparmaßnahmen setzen: Der Gesetzgeber schreibt ihnen vor, dass sie mindestens 40 Prozent der Maßnahmen so zu setzen haben, dass diese zu Energieeinsparungen bei privaten Haushalten führen. Konkret haben sich diese auf den Energieeinsatz im Wohnraum zu beziehen. Gemeint sind damit vor allem Energieeinsparungen beim Heizen und Kühlen, beim Kochen, bei der Beleuchtung oder bei der Elektrizität zum Betrieb von elektrischen Geräten im Haushalt. Einzig Lieferanten von Mineralölprodukten – z.B. Tankstellenbetreiber – können auch ihre Energieeinsparverpflichtungen im Bereich der Mobilität oder des öffentlichen Verkehrs erfüllen. Werden die Maßnahmen so gesetzt, dass davon einkommensschwache Haushalte (also Haushalte, die von der Bezahlung der GIS Gebühren befreit sind) profitieren, so gibt es ein Plus: Der Lieferant erhält für eine einge-

sparte Kilowattstunde (kWh) nicht 1 kWh gutgeschrieben, sondern 1,5 kWh. Den Energieverbrauch und damit auch die Energiekosten langfristig zu senken, ist eines der wirkungsvollsten Instrumente gegen Energiearmut.

Energieeffizienz: Initiativen für Haushalte

Zum Begriff „Energiesparen“ fällt es meist nicht schwer, Beispiele anzuführen – z.B. das Abdrehen von Licht. Der Begriff „Energieeffizienz“ ist hingegen noch immer für viele Menschen ein sperriges und abstraktes Wort. Dabei geht es eigentlich nur darum, den gewünschten Nutzen, wie z.B. das Kühlen von Lebensmitteln, mit dem geringstmöglichen Einsatz von Energie zu erreichen. Eine klassische Energieeffizienzmaßnahme ist z.B. der Austausch eines alten, ineffizienten Kühlschranks (z.B. Effizienzklasse A+ oder B) durch einen neuen, effizienten Kühlschrank (Effizienzklasse A+++). Der effizientere Kühlschrank

verbraucht im Vergleich zum Altgerät bis zu 70 Prozent weniger Strom, erspart bis zu 70 Euro Stromkosten pro Jahr (bei einem Strompreis von 19 Cent/kWh), bietet aber trotzdem eine optimale Kühlleistung. Energieeffizienz spart also Energie, ohne den Komfort zu verringern.

Die ersten Angebote von Energiehändlern an HaushaltskundInnen betreffen diese „klassischen“ Energieeffizienzbereiche. Vor allem die großen Energieunternehmen wie Wien Energie, EVN und Verbund preschen vor und bieten den HaushaltskundInnen verschiedene Aktionen an. Wien Energie bietet seinen KundInnen eine finanzielle Unterstützung beim Austausch alter durch neue Haushaltsgeräte – Zuschüsse in Form von Gutscheinen gibt es für den Kauf energieeffizienter Haushalts- bzw. Erdgas-Brennwertgeräte in Höhe von 50 bzw. 400 Euro pro Gerät. Im Gegenzug sind die erzielten Energieeinsparungen an die Wien Energie abzutreten.

FOTOS: LISI SPECHT (1), EVA MARIA LEODOLTER (1)



*Mag.a Dorothea Herzele ist Betriebswirtin und Energieexpertin der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.



Neue Haushaltsgeräte: Auf Angebote der Energielieferanten achten!

„ DAS BUNDESENERGIEEFFIZIENZGESETZ BRINGT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ IN DIE HAUSHALTE.

Ähnlich funktioniert das Bonuspunkte-System des niederösterreichischen Landesenergieversorgers EVN: Durch Einlösen von Bonus-Punkten erhalten EVN-Kunden energieeffiziente Geräte und Dienstleistungen günstiger. Der Verbund bietet seine Aktionen – wie Zuschüsse für Kühl- und Gefrier- oder für Gasbrennwertgeräte (in Höhe von 50 Euro bzw. 400 Euro) allen EnergieverbraucherInnen an, die Aktionen sind aber zeitlich begrenzt. Exklusive Aktionen für Verbund-KundInnen gibt es für Effizienzmaßnahmen im Raumwärmebereich und für PV-Kombinationssysteme.

Energiesparen: Angebote für Haushalte

Die Energielieferanten werden in den kommenden Monaten wohl vermehrt mit verschiedenen Energiespar-Angeboten an

die Haushalte herantreten. Bei der Auswahl eines neuen Energielieferanten könnte zukünftig daher nicht nur die Höhe des Energiepreises eine Rolle spielen, sondern auch welche Ener-

gieeffizienzmaßnahmen der Lieferant anbietet. Daher sollte bei einem geplanten Austausch alter Haushalts- oder Heizungsgeräte durch energieeffiziente Geräte oder bei Sanierungen auch daran gedacht werden, dass es finanzielle Unterstützung durch Energielieferanten geben könnte. Aber nicht alle Energieeffizienzmaßnahmen sind

anrechenbar: Beruhen die Maßnahmen auf Förderungen oder auf gesetzlichen Vorschriften, so sind diese gar nicht oder nur teilweise anrechenbar. So dürfen Maßnahmen, die aus der Wohnbauförderung, der Umweltförderung oder aus dem Programm für die thermische Sanierung („Sanierungsscheck“) gefördert werden, keinesfalls übertragen oder angerechnet werden. Der Austausch alter Öl-Heizungen durch neue Öl-Brennwertgeräte ist ab dem Jahr 2018 nicht mehr als Effizienzmaßnahme anrechenbar.

Damit sich Anbieter und Nachfrager von Energieeffizienzmaßnahmen bzw. Energieeinsparungen rasch finden, bilden sich bereits die ersten virtuellen Handelsplattformen. Aber die Energielieferanten sind bei ihren Initiativen noch vorsichtig und zurückhaltend: Denn der zuständige Wirtschaftsminister hat eine zentrale Verordnung, in der festgelegt wird, wie die genaue Bewertung und Zurechnung von Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen ist, immer noch nicht erlassen. □

ENERGIEEFFIZIENZ

KERNBESTIMMUNGEN DER EU-RICHTLINIE

Mit dem Bundes-Energieeffizienzgesetz (EDffG) hat der österreichische Gesetzgeber die wesentlichen Verpflichtungen gemäß der EU-Energieeffizienz-Richtlinie erfüllt. In ihren Kernbestimmungen schreibt die Richtlinie vor, dass im Zeitraum 2014 bis 2020 der jährliche Brutto-Endenergieverbrauch um 1,5 Prozent reduziert werden muss. Um diese unionsrechtlichen Vorgaben zu erreichen, nimmt Österreich auch die Energielieferanten in die Pflicht: Betroffen sind alle Lieferanten, die in

Österreich Energie verkaufen und eine bestimmte Absatzgröße überschreiten – Lieferanten von Strom, Gas, Fernwärme über Pellets bis zu Heizöl und Treibstoffen. Sie alle müssen sich seit Anfang des Jahres überlegen, wie sie bei sich selbst, bei ihren eigenen KundInnen oder bei anderen EnergieverbraucherInnen Maßnahmen durchführen, die nachweislich zu Energieeinsparungen in Höhe von 0,6 Prozent ihrer Vorjahresenergieabsätze führen.



Rechnungen aufbewahren

Beim Kauf energieeffizienter Geräte ist darauf zu achten, dass die Originalrechnung immer beim Käufer verbleibt, um mögliche Gewährleistungs- oder Garantieansprüche geltend machen zu können.

Landes- und Gemeindestraßen sind alt und beschädigt. Für die Sanierung sind jährlich rund 1,4 Milliarden Euro notwendig. Die zuständigen Bundesländer denken deswegen ernsthaft die Kostenverantwortung beim Lkw an. Interessante Perspektiven tun sich auch für die Umwelt auf.

VON FRANZ GREIL*

Umweltschutz: Flächendeckende Lkw-Maut

KURZGEFASST

Eine fahrleistungsabhängige Lkw-Bemautung ist ein verursachergerechtes Finanzierungsinstrument für die Straßeninfrastruktur. Sie kann aber auch Umwelteffekte wie die Verminderung von Lkw-Fahraufkommen, Lärm und Luftverschmutzung auslösen.

Österreichs Straßen abseits der Autobahnen zerbröseln. Rund 110.000 km Landes- und Gemeindestraßen sowie Brücken haben laut Schätzungen eine Sanierung notwendig. Für die bauliche Instandhaltung dieser Straßen wenden die Bundesländer derzeit jährlich rund 320 Millionen und die Gemeinden rund 500 Millionen Euro auf. Soll nur das aktuelle bauliche Zustandsniveau dieser Straßen bis 2024 gehalten werden, werden pro Jahr zusätzlich jeweils 300 Millionen Euro für Landes- und Gemeindestraßen benötigt, um sie so zu sanieren, dass damit die Verkehrssicherheit gewährleistet bleibt. Wird nicht zeitgerecht gehandelt, wird die Sanierung noch teurer. Im ungünstigsten Fall sind Infrastruktur und damit die Mobilität für ganze Regionen (z.B. Brückensperrung) nicht mehr verfügbar. Nur langsam kommt dieses „strukturelle Erhaltungsdefizit“ im politischen Mainstream-Diskurs an.

Die größten Schäden werden vom Schwerlastverkehr, also von

Lkw, verursacht. Die Abnutzung der Straße durch ein Fahrzeug steigt exponentiell zur Achslast, so eine Faustregel im Straßenbau. Das heißt: Während ein Mittelklasse-Pkw mit 1.000 kg eine Achslast von 500 kg hat, hat ein 30-Tonnen-Lkw mit vier Achsen eine Achslast von 7.500 kg und schädigt die Straßen um mehr als das 50.000-fache (Faktor

15⁴). Bisher tragen die Lkw aber nur 50 Prozent der von ihnen verursachten Straßenkosten, zeigt die österreichische Wegekostenrechnung. Die SteuerzahlerInnen müssen den Rest übernehmen. Deshalb sollten sich die Lkws als Hauptverursacher künftig an den Kosten der Straßenschäden stärker beteiligen - eine sinnvolle Maßnahme dafür wäre eine flä-



FOTOS: EVA MARIA LEODOLTER (1)

„LKW-MAUT AUF ALLEN STRASSEN IST EIN SCHRITT ZU MEHR KOSTENFAIRNESS.“



*Mag. Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

chendeckende Lkw-Maut. Im Unterschied zur Mineralölsteuer können damit die außerordentlichen Straßenschäden dem Lkw-Verkehr direkt angelastet werden.

Eine flächendeckende Lkw-Maut würde bedeuten, dass der derzeit gültige Autobahntarif auch bei der Benützung der Landes- und Gemeindestraßen angewendet wird. Damit würden die Lkw – nach Abzug der Mautbetriebskosten – jährlich rund 500 Millionen Euro zusätzlich zur Sanierung der Straßen zahlen. Die Einführung wäre jetzt auch zeitlich günstig: niedrige Zinslage, niedrige Treibstoffpreise und niedrige Inflationsrate begünstigen eine Einführung zu möglichst niedrigen Folgekosten, wie eine aktuelle Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt. Zudem könnte die Verwendung dieser Lkw-Mauterlöse für die straßenbauliche Sanierung und den öffentlichen Verkehr wichtige Impulse für Beschäftigung und Wachstum gerade auch im ländlichen Raum liefern.

Guter Zeitpunkt

Die neun Bundesländer haben am 30. April 2015 einstimmig beschlossen, binnen eines Jahres ein Konzept für die flächendeckende Lkw-Maut vorzulegen. Außerdem sollen die Bedingungen der steuerlichen Ermächtigung durch eine Bundesländer-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ausgearbeitet werden. Welche Überlegungen liegen diesem bemerkenswerten Beschluss zugrunde, kommen doch die dafür zuständigen Landesräten von fast allen in den Landtagen vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und Team Stronach)? Die Lkw-Bemautung des österreichischen Autobahn- und

PREISSTEIGERUNG DURCH FLÄCHENDECKENDE LKW-MAUT PRO KILOGRAMM



LKW-MAUT UND INFLATION

DIE MÄR VON DER PREISTREIBEREI

Landes- und Gemeindestraßen werden derzeit über Steuern finanziert. Sie sind vorwiegend Massensteuern, also Mehrwert- und Lohnsteuer. Die Benützung der Straßen ist also nicht „kostenlos für die Verbraucher“. Nur die Lobbyisten der Wirtschaft wollen uns das glauben machen. So wird behauptet, dass VerbraucherInnen in abgelegenen Regionen durch eine flächendeckende Lkw-Maut höhere Endpreise zahlen müssten. Eine aktuelle AK-Studie zeigt jedoch, dass bei der Nahversorgung in abgelegenen Regionen der Transportkostenanteil vernachlässigbar klein ist. Selbst bei Lebensmitteln, die längere Transportwege benötigen, wie etwa die Milch, ist mit keiner spürbaren Verteuerung durch die Lkw-Maut zu rechnen.

Ein Beispiel: Wenn ein Liter Milch 1 Euro kostet, würde der Milchpreis von derzeit 1 Euro auf 1,002 Euro ansteigen. Laut AK-Studie können im Durchschnitt die Preise für die EndverbraucherInnen bei Lebensmitteln um maximal 0,11 Prozent bzw. bei allen Dienstleistungen und Produkten um maximal 0,09 Prozent

steigen, selbst wenn alle Mautkosten auf die EndverbraucherInnen abgewälzt und keine logistische Effizienz erzielt wird. Horrorszenarien sehen anders aus. Denn schon jetzt werden in Österreich Güter- und Dienstleistungstransporte zu 74 Prozent auf bemauteten Autobahnen abgewickelt. Durch eine flächendeckende Lkw-Maut würde dieser Anteil auf 88 Prozent steigen, der Rest erfolgt auf ausländischen Straßen. Überdies machen die großen Einzelhandelsketten heute schon keinen Unterschied zwischen Stadt und Land und werden dies auch in Zukunft nicht machen, weil die mautbedingten Zusatzkosten einfach nicht ins Gewicht fallen. Dies zeigt auch das Beispiel Schweiz: Dort wurde bereits im Jahr 2001 eine Lkw-Maut auf allen Straßen eingeführt. Das Schweizer Bundesamt für Statistik schätzt die dadurch entstandenen Preissteigerungen auf 0,1 Prozent, obwohl der Mautsatz doppelt so hoch ist wie der in Österreich geplante. Ein Drittel der mautbedingten Kosten wurde schlicht durch bessere Logistik der WirtschaftsakteurInnen eingespart.

AK-Studie zur Lkw-Maut

Alle Preiseffekte einer Lkw-Maut, insbesondere bei Lebensmitteln: AK-Studie : „Flächendeckende Lkw-Maut und Nahversorgung“. Download www.arbeiterkammer.at/service/studien/index.html unter: Verkehr und Infrastruktur

„ DIE VERWENDUNG VON MAUTERLÖSEN ENTSCHIEDET LETZTENDLICH ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE GESAMTWIRKUNG.

Schnellstraßennetzes hat sich bewährt und ist in Europa ein Vorzeigemodell. Eine Ausweitung am niederrangigen Straßennetz ist technologisch mit GPS-basierten Mautgeräten und in Ergänzung mit dem bestehenden ASFINAG-Mauteinhebungssystem möglich. Schon heute ist beispielsweise das deutsche Lkw-Maut-Gerät (GPS-Ortung) auch in Österreich zur Mautabbuchung (DSRC-Standard) als gleichwertige Alternative zum österreichischen im Einsatz. Problemlos könnte es in Folge auch mit dem digitalen gesamtösterreichischen Straßennetz für alle Straßenkategorien aufgeladen werden. Zudem wird europaweit sehr konkret von sieben Mautbetreibern an einem universal einsetzbaren Mautgerät (REETS-Projekt) gearbeitet. Der alte Einwand gegenüber einer flächendeckenden Lkw-Maut, nämlich hohe Betriebskosten durch Ausstattung mit teuren Mautgeräten, hat daher viel an Glaubwürdigkeit verloren.

Durch eine Maut-Ausdehnung würden insofern auch beide Straßennetze profitieren, als „Lkw-Mautflüchtlinge“ von Landesstraßen auf Autobahnen zurückkehren. Seit Inbetriebnahme des ASFINAG-Mautsystems im

Jahr 2004 wurde darauf hingewiesen, dass bis zu fünf Prozent der Lkw-Fahrleistung, die eigentlich am hochrangigen Straßennetz erfolgen sollte, auf die „kostenlosen“ Landes- und Gemeindestraßen auswich. Dieser Mautentfall durch „Lkw-Mautflüchtlinge“ im ASFINAG-Netz entspricht in ungefähr auch den jährlichen Betriebskosten einer Mauteinhebung auf Landes- und Gemeindestraßen (rund 75 Millionen Euro). In einigen Regionen (z.B. Rheintal zwischen Bregenz und Hohenems, Raum Wels-Linz und Raum Graz) nutzen Lkw das niederrangige Straßennetz, obwohl die Fahrzeit länger als auf Autobahnen ist. Dazu erlassene Lkw-Fahrverbote, sofern überhaupt von der Exekutive jemals ernsthaft kontrolliert, konnten hier nie wirklich Abhilfe schaffen.

Vorteilhaft für alle

Eine Mautausdehnung könnte zudem Einnahmen in einen Fond für Infrastruktur und öffentlichen Verkehr liefern und zu einer Verringerung der Lkw-Fahrleistung führen. Nicht bei allen, aber bei einigen Gütern (z.B. Erdäpfeln, Holz, Zuckerrüben) mit wenig Termindruck könnte dies auch eine Rückverlagerung auf die Schiene begünstigen. Im Übrigen muss schon heute auf der Schiene ein verursachergerechtes Mautentgelt – auch in ländlichen Regionen – bezahlt werden.

Eine Lkw-Mautausdehnung wird allein aufgrund der bereits bemauteten Autobahnen und des geringen Transportanteils am Endverbraucherpreis, auch in entfernten Regionen, keine nennenswerten Auswirkungen

auf die Wirtschaft haben. Die wirklich lokale Wirtschaft (z.B. bäuerliche Direktvermarkter, Bäcker im Dorf) könnte sogar Wettbewerbsvorteile einfahren, da sie im Unterschied zu überregional agierenden Konkurrenten ohne Lkw ihre Produkte vertreibt. Spürbar könnte eine Bemautung allenfalls in Regionen werden, in denen transportintensive Güter ohne hohe Wertschöpfung (z.B. Holzwirtschaft) dominieren und der Transport aufgrund fehlender Autobahnen ausschließlich am niederrangigen Straßennetz erfolgt. Wenn Mauterlöse aber in der Region wieder ausgegeben werden, kann sogar Wachstum entstehen. Von allen Wirtschaftszweigen könnte es nur in der Baubranche leichte Preiseffekte geben. Hier könnten die Preise um 0,7 Prozent steigen. Gleichzeitig könnten höhere Transportkosten in der Bauwirtschaft endlich auch innovativen Logistikkonzepten (z.B. Musterbaustellen im Wiener Kommunalbau) zum Durchbruch verhelfen, wo Aushubmaterial – nicht wie gemeinhin üblich – abtransportiert, sondern an der Baustelle zu Beton verarbeitet wird.

Weg frei für Kostenfairness

Der politische Auftakt für eine flächendeckende Lkw-Maut war vielversprechend. Ein schneller Abschluss ist jedoch keineswegs vorprogrammiert. Dies liegt zum einen in der technischen Abwicklung. Selbst mit einem klaren politischen Beschluss sind weitere drei Jahre nötig, um ein Ausschreibungsverfahren und die Errichtung eines Mauteinhebungssystems abzuwickeln. In dieser Zeitspanne können sich Regierungsmehrheiten und politische Stimmungen verändern. Zum anderen können Populisten Mautvorhaben (z.B. Frankreich) leicht zum Sündenbock für Probleme instrumentalisieren. Hoffnung besteht aber insofern, als die Lkw-Maut auf österreichischen Autobahnen 2004 nicht aus Gründen der Kostenfairness, sondern zur Einhaltung von EU-Budgetvorschriften eingeführt wurde. Das strukturelle Erhaltungsdefizit bei Landes- und Gemeindestraßen könnte somit den Weg für mehr Kostenfairness im Straßengüterverkehr vorgeben. □

Für Fahrleistungsabhängige Lkw-Maut

- Enorme Lkw-Straßenabnutzung wird abgebildet (≠ Mineralölsteuer)
- Alle Lkw (In- und Ausländer) zahlen die Kosten
- Lärm- und Abgase des Lkw vor Ort (Tag/Nacht/Stadt/Land) können angelastet werden
- Auf der Schiene muss man auch „Maut“ zahlen

Unser Standpunkt

Aktion



PRAXISLEITFADEN

Barrierefreies Naturerleben

Barrierefreiheit ist für 10 % der Bevölkerung unentbehrlich und für rund 40 % notwendig.

Ein barrierefreier Zugang zur Natur und zu Naturerlebnisangeboten ist jedoch oft nicht gegeben. Um eine gelungene Naturvermittlung sicherzustellen, haben Naturfreunde Internationale und Österreichische Bundesforste gemeinsam mit den Projektpartnern vom Blinden- und Sehbehindertenverband Österreich und der Österreichischen Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen den Leitfaden „Naturerleben für alle“ mit Tipps und Infos zur Gestaltung von barrierefreien Naturerlebnisangeboten erstellt. Download unter: www.wasser-wege.at/2014/03/25/naturerleben-f%C3%BCr-alle

SOL-SYMPOSIUM 2015

Anders besser leben

Das Motto: **Frei von Konsumzwang – frei für den gesellschaftlichen Wandel.**

Die Abkürzung SOL des überparteilichen Vereins steht für „Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil.“ Das SOL-Symposium vernetzt Menschen und Gemein-

schaften, die mit Fantasie und Kraft für einen friedlichen Wandel eintreten. Um viele Menschen zu erreichen, gibt es heuer erstmals eine Reihe von GENUG-Werkstätten in ganz Österreich, deren Ergebnisse dann in die Abschlussveranstaltung in Graz einfließen. 12. September 2015, 10.00 bis 17.30 Uhr, Forum Stadtpark, Graz. www.nachhaltig.at/symposium



UNTERSCHRIFTENAKTION

Forststraßen frei für Radfahrer

Die Öffnung der Forststraßen für RadfahrerInnen verlangen die Naturfreunde.

Rund 800.000 RadfahrerInnen und Biker suchen pro Jahr Erholung in den Wäldern und Bergen Österreichs. Radfahren im Wald ist jedoch nur auf dafür genehmigten und gekennzeichneten Routen erlaubt. Von rund 120.000 Kilometern Forststraßen ist nur ein geringer Teil offiziell befahrbar. Deshalb läuft bis Herbst 2015 eine österreichweite Unterschriftenaktion der Naturfreunde. Gefordert wird u.a. legales Biken auf österreichischen Forststraßen, soziales und freundliches Miteinander von BikerInnen und WanderInnen oder eine Vorrangregelung für WandererInnen.

Online unterschreiben auf: www.naturfreunde.at/freie-fahrt



ArbeitnehmerInnen, z.B. mit Motorsense, stehen meist direkt in der Abgasfahne.

ARBEITNEHMERINNENSCHUTZ

Benzolfreies Gerätebenzin

Arbeiten mit handgehaltenen Geräten ist nicht unbedenklich.

Die Zwei-Takt-Motoren stoßen unverhältnismäßig viele Luftschadstoffe (v.a. Benzol, Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide) aus. An solchen Arbeitsgeräten Tätige (z.B. Motorsäge, Freischneider) stehen meist direkt in der Abgasfahne. „Benzolfreies“ Gerätebenzin (Umwelt- oder Alkylatbenzin) beseitigt die Belastung mit krebserregendem (v.a. Leukämien und Lymphome) Benzol und minimiert auch die Geruchsbelästigung. Aufgrund einer AK-Initiative schreibt das novellierte ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (AschG) nun vor, dass alle an solchen Arbeitsgeräten Tätigen (v.a. Forstwirtschaft, Straßenmeistereien, Grünpflege) Gerätebenzin verwenden müssen. Auch Hobbygärtner und Landwirte sollten vor dem höheren Preis gegenüber Benzol-Benzin an der Tankstelle nicht zurückschrecken, da Gerätebenzin Wartungskosten vermindert und bis zu zwei Jahre lagerfähig ist. **FG**



BUCH: How to make it work

Strategische Ansätze für eine Politik, die Arbeit schafft. AK/ÖGB (Hg.), ÖGB-Verlag 2015. Kaufen oder online gratis lesen: http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wp-content/uploads/2015/04/AW_Blog_eBook_1-2015_EV_web.pdf

Antibiotika in der Tiermast: großer Handlungsbedarf?

Pro

DI Maria Burgstaller

„ZU HÄUFIGE ANWENDUNG KANN TÖDLICH SEIN – ANTIBIOTIKA NICHT ALS REGELFALL, SONDERN ALS AUSNAHME!“

Jährlich sterben mindestens 25.000 Menschen in Europa aufgrund von Infektionen mit resistenten Keimen, gegen die Antibiotika machtlos sind, schätzt die EU-Kommission. Verursacht werden diese Resistenzen durch unzureichende Hygiene und falsche Antibiotikaaanwendung bei Mensch und Tier. Eine zu häufige Anwendung in der Landwirtschaft ist Teil des Problems. Untersuchungen in Deutschland haben bestätigt: antibiotikaresistente Keime treten besonders häufig in Regionen mit großen Tierbeständen auf.

Bis zum Jahr 2006 wurden in der EU Antibiotika prophylaktisch und als Mastbeschleuniger verwendet. Seither sollten eigentlich nur mehr kranke Tiere nach einer fachlichen Diagnose behandelt werden. Eine gezielte Einzel-tierbehandlung würde die Anwendungsmenge drastisch senken. Doch wenn ein Tier erkrankt, werden oft alle Tiere im selben Stall „mitgefüttert“. Gerade in Österreich werden beachtliche Mengen an Antibiotika über das Futter oder die Tränke verabreicht.

Problemlösung bedeutet den Hebel an den Ursachen ansetzen: weniger Hochleistungszucht, dafür mehr Berücksichtigung der Tiergesundheit und Stressstabilität in der Züchtung; bessere Haltungsverhältnisse (mehr Platz, viel Luft, kein Turbofutter, kleine Bestandseinheiten), weniger Stress für die Tiere. Politisch gegensteuern wäre schon lange möglich gewesen: nur besonders tierfreundliche Ställe zu fördern, ist eine langjährige Forderung der AK. Doch gefördert wurde alles, was noch gesetzeskonform war. Handelskonzerne sind bisher zurückhaltend mit ihren Forderungen an die Fleischbranche. KonsumentInnen wissen nicht, wieviel Antibiotika für ihr Schnitzel verwendet wurde. Gütezeichen oder Markenprogramme geben keine Auskunft darüber. Mehr Transparenz würde den Antibiotikaeinsatz senken. □

*DI Maria Burgstaller ist Agrarökonomin und Mitarbeiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.



Con

DI Adolf Marksteiner

„RESISTENZEN SIND GLOBAL EIN KOMPLEXES PROBLEM – AN GEZIELTEM ANTIBIOTIKA-EINSATZ ARBEITEN WIR.“

„Am Uniklinikum Kiel in Deutschland starben Ende 2014 mehrere Patienten an multiresistenten Keimen, 14 weitere wurden isoliert. Nach Fernreisen sind rund 30 % der Reisenden infiziert, zudem mehr als 70 % der Indienreisenden und fast 50 % der Südostasien-Reisenden.“ (Spiegel 1/15). Aus dem global freien Personen- und Warenverkehr (z.B. via Tiefkühllebensmittel) entsteht ein riesiges Problem: resistente Keime werden ein- und weiterverschleppt, bis in die Ställe. Keime kennen keine Grenzen, die gefürchtete Geflügel- oder Schweinegrippe wird etwa durch Zugvögel eingeschleppt. Antibiotikaresistenzen entstehen auch in Europa. Das liegt am zu häufigen oder falschen Antibiotikaeinsatz beim Menschen, allerdings auch am Gebrauch von Tierarzneimitteln. In der EU-Tierhaltung gibt es keine standardmäßige Verfütterung von Antibiotika mehr – im Gegensatz zu Süd- und Nordamerika sowie Asien. Die Landwirtschaft ist bereit zu sinnvollen Strategien für weitere Senkungen.

Der Verbraucher ist uns wichtig: Tiergesundheitsdienste, Regionalität und Qualität sind die Antworten. Ein krankes Tier hat – genauso wie jeder Mensch – ein Recht auf Behandlung. In Österreich darf nur der Veterinär Tierarzneimittel verschreiben, die Anwendung ist zu dokumentieren. Dies ist in vielen anderen Staaten nicht so! Neue Ställe bedeuten auch mehr Frischluft, optimales Klima für Schweine- und Geflügel, beste Futtermittel. Regelmäßige Tierbestandskontrollen und Tiergesundheitsdienste helfen über gesunde Tiere Kosten zu sparen, besonders in der Schweine- und Geflügelhaltung – die Warenrückverfolgbarkeit ist dazu immer ein Thema. Auf den oft höheren österreichischen Standard in Tierhaltung und Verarbeitung achtet z.B. das AMA-Gütesiegel für Fleisch und Wurstwaren. □

*DI Adolf Marksteiner ist Agrarökonom und Leiter der Abteilung Marktpolitik der Landwirtschaftskammer Österreich.



Medien



BUCH Agro-Gentechnik

Christoph Then: **Handbuch Agro-Gentechnik. Die Folgen für Landwirtschaft, Mensch und Umwelt.** oekom verlag, München 2015.

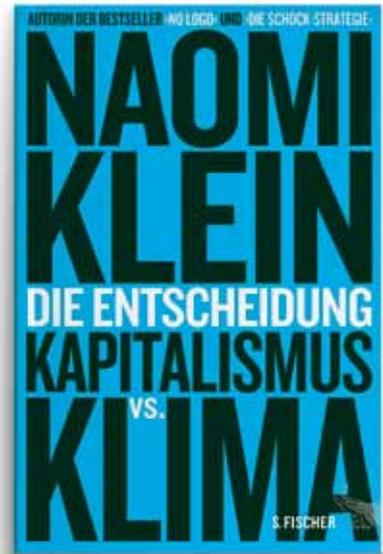
Seit über 20 Jahren werden weltweit gentechnisch veränderte Organismen angebaut. Warnende Stimmen wurden oft in den Wind geschlagen. So wurde z.B. davor gewarnt, dass mit dem Einsatz eines Total-Herbizids zunehmend Resistenzen in der Umwelt auftreten werden. Dies ist dann auch tatsächlich eingetreten. Heute sind auch viele Gesundheitsgefahren für die Menschen, besonders in den Ländern des Südens, bekannt. Aber auch den Bauern, die Gentechnik-Pflanzen anbauen, wurde viel versprochen, was nicht immer gehalten werden konnte. Der Autor beschäftigt sich seit vielen Jahren kritisch mit den Folgen der Agro-Gentechnik und liefert nun einen umfassenden Überblick. Er plädiert für wesentlich höhere Schutzstandards im Umgang mit den Grundlagen des Lebens und fordert klare gesetzliche und ethische Grenzen sowie eine unabhängige Risikoforschung. **SI**



BROSCHÜRE UND HANDBUCH Natura 2000 und Wald

Kuratorium Wald: **Handbuch Natura 2000 und Wald. Fachbeiträge zur Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 in Österreichs Wäldern.** Broschüre **Natura 2000 im Wald. Gemeinsam für die Vielfalt unserer Wälder.** Wien 2015.

Das Handbuch „Natura 2000 und Wald“ informiert umfassend über die wesentlichen Ziele und Vorgaben von Natura 2000 sowie die derzeitigen Rahmenbedingungen in Österreich. Das Handbuch wird durch eine Sammlung von Fachbeiträgen ergänzt, die spezifische Umsetzungsaspekte und Erfahrungen mit Natura 2000 im Wald behandeln. Die Broschüre „Natura 2000 im Wald“ liefert eine kompakte und anschauliche Darstellung der wichtigsten Themenfelder zu Natura 2000. Sie gibt einen verständlichen Überblick über Ziele, Funktionsweise und Umsetzung von Natura 2000 im Wald und bringt den LeserInnen die Bedeutung der natürlichen Vielfalt in Österreichs Wäldern näher. www.2000.wald.or.at



TIPP: BUCH GRÜNE LÜGEN

Mit Vergünstigungen für nachhaltige Angebote aller Lebensbereiche machen Wiener Geschäfte auf ihr nachhaltiges Angebot aufmerksam. **Begrenztes Kontingent: post@ma20.wien.gv.at oder 01/4000 88305.**



BUCH Kapitalismus versus Klima

Naomi Klein: **Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima.** Verlag S. Fischer, Frankfurt/Main 2015.

Die kanadische Globalisierungskritikerin bringt es auf den Punkt: Klimaschutz scheitert am Kapitalismus – an einem globalen Kapitalismus, dem die Politik durch die Dominanz mächtiger Interessen und Ideologien keine Grenzen setzen kann oder will. Das Buch basiert nicht nur auf einer umfangreichen Recherche zur Dramatik des Klimawandels, sondern auch zu den Strategien der großen Konzerne, diesen „mit grünem Mäntelchen“ weiter voranzutreiben. Klein sieht in einer Massenbewegung für den Klimaschutz eine letzte Chance, eine Politik zu erzwingen, die die Katastrophe verhindert. Nur eine solche Bewegung wäre in der Lage, die Meinungshoheit der Gegenseite zu durchbrechen. **LEO**



Soziales Elend und Überfischung

Finnwatch zeigt die sozialen und ökologischen Missstände bei der Herstellung von Thunfisch auf. http://doku.cac.at/report_tuna_finnwatch2015.pdf

Etwa 60.000 PendlerInnen kommen täglich mit der Bahn zur Arbeit nach Wien. Es könnten rund doppelt so viele sein, so eine neue Studie der TU Wien im Auftrag der AK. Analysiert wurden die Wohn- und Arbeitsorte von rund 200.000 Wien-PendlerInnen nach dem Zugang zum öffentlichen Verkehr.

Die Ostregion braucht dringend mehr Bahn



Tadej Brezina, Thomas Hader, Evelyn Eder:
Pendeln in der Ostregion – Potenziale für die Bahn. Verkehr und Infrastruktur Nr. 56

Im Dezember 2015 werden in der Ostregion mit der Vollenbetriebnahme des Wiener Hauptbahnhofes Verbesserungen des Angebots und vor allem Neugestaltungen der Durchbindungen der Bahnverbindungen durch Wien möglich. Diese Angebote bestimmen wesentlich, wo und wie oft die 60.000 BahnpendlerInnen auf ihrem Weg zur Arbeit künftig umsteigen müssen. Ein großes Potenzial stellen auch jene 120.000 PendlerInnen dar, die aktuell noch mit dem

Auto in die Stadt kommen. Die Arbeiterkammern Wien, Niederösterreich und Burgenland verfügen sowohl über die Daten der Wohnorte als auch über die Adressen der Arbeitsorte der PendlerInnen nach Wien und aus Wien in das Umland und haben die TU-Wien beauftragt, mögliche Potenziale für die Bahn zu analysieren.

Der erste Teil der Analysen umfasst, ausgehend von den Bahnachsen, die Wien mit dem Umland verbinden, die Darstel-

lung des PendlerInnenpotenzials für die Bahn. Bei diesem Arbeitsschritt ging es um die Berücksichtigung der Entfernungen der Wohnadressen, aber auch der Arbeitsplätze von den jeweiligen Haltestellen. Differenziert wurden die Erreichbarkeiten in einen Nahbereich mit bis zu drei Kilometern – also Raddistanzen – und einem weiteren Einzugsbereich mit bis zu neun Kilometern – also die Erreichbarkeit mit dem Auto. Als Ergebnis ist in der Studie für jede Bahnachse dar-

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 38 Leitfaden für Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr. Qualitäts- und Sozialkriterien. Anna Daimler, Doris Unfried. Studie, 2009
- 39 Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion Geschlechtsspezifische und soziale Hindernisse. Auswertung der Online Umfrage „Pendler/in am Wort“ Thomas Hader, 2009
- 40 Lkw-Stellplatzbedarf im hochrangigen österreichischen Straßennetz Österreichisches Institut für Raumplanung, 2010
- 41 PendlerInnen und Infrastruktur-Ausbau in der Ostregion Ergebnisse der AK-Befragung 2009/2010 Thomas Hader, 2010
- 42 Mangelware Lkw-Parkplatz. Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband, 2010
- 43 Tourismus in Österreich 2011: mit einer Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklimaindex. Kai Biehl, Rudolf Kaske (Hrsg.), 2011
- 44 Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen: Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 Die Lkw-Maut als Öko-Steuer Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase. Tagungsband, 2012
- 46 BerufslenkerInnen am Wort Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012
- 47 Aktiv und selbstbestimmt zur Arbeit Warum der Arbeitsweg zu Fuß und mit dem Rad die gesündere Alternative ist, was am Arbeitsweg besonders Stress macht und wie subjektive Aspekte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen. Johanna Schaupp. Studie, 2012
- 48 Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenmautgesetz Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 Öffentlicher Verkehr hat Zukunft! Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich, 2013
- 51 Wettbewerb im österreichischen Güterverkehrsmarkt Konstellationen zwischen Straße und Schiene. Ronald Scheucher; 2014
- 52 Modal Split im Güterverkehr Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Max Herry, Norbert Sedlacek; 2014
- 53 Analyse der Erfahrungen mit dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz im Eisenbahnwesen Studie und Rechtsgutachten, 2014
- 54 Unterwegs zwischen Erwerbs- und Familienarbeit Eine Analyse in den niederösterreichischen Regionen Triestingtal und Schneebergland, 2014
- 55 Flächendeckende Lkw-Maut und Nahversorgung. Auswirkungen einer flächendeckenden Lkw-Maut auf Lebensmittelpreise und den ländlichen Raum. Studie, 2015
- 56 Pendeln in der Ostregion. Potenziale für die Bahn. Tadej Brezina, Thomas Hader, Evelyn Eder, 2015



Rund 17.300 Fahrrad-Stellplätze fehlen an den Bahnhöfen und Haltestellen

DAMIT DIE WACHSENDE OSTREGION NICHT VOM VERKEHR ÜBERROLLT WIRD, BRAUCHEN WIR EINEN MASSIVEN AUSBAU DES BAHNANGEBOTS.

gestellt, wie viele PendlerInnen an den Bahnhaltstellen wohnen und auch wie viele an ihnen arbeiten.

Pendelrouten

In einem weiteren Schritt wurden die Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort auf das Eisenbahnnetz umgelegt. Ermittelt

wurden damit die Herkunfts- und Zielorte je Bahnachse und auch, welche Durchbindungen durch den Hauptbahnhof sinnvoll erscheinen.

Für die Möglichkeit der Bahnnutzung ergeben die Daten grundsätzlich eine gute Ausgangslage, denn 93 Prozent der Ein- und AuspendlerInnen

wohnen im Einzugsbereich der 459 Bahnhaltstellen in der Ostregion. Im Gesamtbild zeigt sich, dass sich fast zwei Drittel der Wohnstandorte im näheren Einzugsbereich von unter drei Kilometern zu den Bahnstationen befinden. Für fast 80.000 potenzielle Bahn-PendlerInnen sind damit gute Fuß- und Rad-

wege von ihrem Wohnort zur Bahnhaltstelle eine wesentliche Voraussetzung zur Öffi-Nutzung.

Bezogen auf die Wohn- und Arbeitsorte ergeben die TU-Analysen ein Gesamtpotenzial von fast 124.000 BahnpendlerInnen pro Tag. Zum Vergleich: Bei einer wienweiten Erhebung aus den Jahren 2009 und 2010 nutzten rund 56.000 Ein- und AuspendlerInnen die Bahn für ihre Arbeitswege. Das heißt, dass schon jetzt doppelt so viele PendlerInnen mit der Bahn unterwegs sein könnten als dies aktuell der Fall ist. Noch gar nicht eingerechnet ist dabei, dass die Ostregion in den nächsten 15 Jahren um 450.000 BewohnerInnen wachsen wird.

Großen Nachholbedarf zeigen die Analysen bei den Möglichkeiten, Rad und Bahn zu kombinieren. Damit der Anteil der Radnutzung am Arbeitsweg steigen kann, muss die Anzahl der Radabstellplätze verdoppelt werden. In Summe fehlen demnach in der Ostregion rund 17.300 Fahrrad-Stellplätze an den Bahnhöfen und Haltestellen. Detaillierte Ergebnisse der Potenziale und Routen für alle 14 untersuchten Bahnachsen werden in der Studie ausführlich dargestellt. **TH**

PDF-Download www.ak-umwelt.at

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

- 165 R. Deussner, G. Kovacic **Anteil des Lkw-Quell-Ziel-Verkehrs sowie dessen Emissionen am gesamten Straßengüterverkehr in Wien.** Erstellt vom Österreichischen Institut für Raumplanung im Auftrag der AK Wien, 2006
- 166 W. Lauber (Hrsg.) **Privatisierung des Wassersektors in Europa.** Reformbedarf oder Kapitalinteressen? 2006
- 167 Elisa Schenner **EU und Wasserliberalisierung – Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene,** 2006
- 169 Tony Musu **REACH am Arbeitsplatz – Die potenziellen Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen,** 2006 (vergriffen)
- 170 Franz Greil (Hrsg.) **Feinstaub am Arbeitsplatz** Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen, Tagungsband, 2006
- 171 Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht **Luftverkehr und Lärmschutz – Ist-Stand im internationalen Vergleich – Grundlagen für eine österreichische Regelung,** 2006
- 173 Franz Greil (Hrsg.) **Welche Zukunft hat der Diesel?** Technik, Kosten und Umweltfolgen, Tagungsband, 2007
- 174 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich,** Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess, 2007
- 175 Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr 2007
- 176 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die Strategische Umweltpflicht im Verkehrsbereich** Tagungsband, 2008
- 177 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments** Tagungsband, 2008
- 178 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie in Österreich** Tagungsband, 2008
- 179 **Feinstaubproblem Baumaschine** Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009
- 180 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Mehrweg hat Zukunft!** Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010
- 181 Thomas Thaler **Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand.** England/Wales, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010
- 182 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Aktionsplanung gegen Straßenlärm – wie geht es weiter?** Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele
- 183 Christoph Streissler (Hrsg.) **Agrotreibstoffe – Lösung oder Problem?** Potenziale, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010
- 184 **Lkw-Tempolimits und Emissionen:** Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011
- 185 **Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen.** Studie, 2011
- 186 **Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale.** Studie, 2012
- 187 **Die Zukunft der Wasserversorgung.** Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013
- 188 **Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen** Tagungsbericht, 2013

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



WAS AUF VERPACKTEN LEBENSMITTELN DRAUFSTEHEN MUSS

Die neue Lebensmittelinformationsverordnung regelt die Lebensmittelkennzeichnung in allen Mitgliedstaaten der EU und löst in Österreich die bis dahin geltende Lebensmittel- und Nährwertkennzeichnungsverordnung ab. Die neue Broschüre bietet KonsumentInnen einen fundierten Überblick über die rechtlichen Grundlagen, allgemeinen Vorgaben zur Lebensmittelkennzeichnung, die verpflichtenden Kennzeichnungselemente und was sie bedeuten.



BÜRO UND UMWELT

Der umweltfreundliche Arbeitsplatz: Energie besser nutzen, nachhaltige Büromaterialien verwenden, gesünder essen oder spritsparender zur Arbeit fahren. In dieser Broschüre finden Sie und Ihre KollegInnen hilfreiche Tipps und Infos für ein gesundes Arbeitsumfeld.



GUT INFORMIERT IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

„Gut informiert im öffentlichen Verkehr – Ihre Rechte als Fahrgast“ enthält das neue Fahrgastrechtegesetz und die EU-Verordnung Fahrgastrechte für Busfahrgäste. Viele wichtige Tipps und Informationen helfen, Probleme in öffentlichen Verkehrsmitteln zu vermeiden.



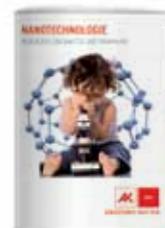
FAIR UND UMWELTGERECHT EINKAUFEN

Der AK Branchen- und Dienstleistungsführer hilft nach Bundesländern und Branchen geordnet bei der Suche nach sozial- und umweltgerechten Betrieben mit fairen Arbeitsbedingungen. Von Reparatur über Spielzeug und Reinigung bis zu Restaurants.



HANDYS UND IHRE LEBENSDAUER

Bei Handys und Smartphones handelt es sich nicht um Wegwerfartikel, sondern um hochwertige Elektronik, erzeugt mit hohem Energie- und Ressourcenaufwand. Die Broschüre gibt viele Tipps zum bewussten Umgang mit Handy und Smartphone.



NANO TECHNOLOGIE

Der Begriff Nanotechnologie, vor allem im Zusammenhang mit Lebensmitteln, ist noch ziemlich fremd. Die Broschüre informiert allgemein verständlich über Nanotechnologie im Bereich Lebensmittel und Ernährung, über ihre möglichen Vorteile und Risiken.